



# soziale ORGANISIERUNG IM 21. JAHRHUNDERT

DAS NEUE HISTORISCHE PROJEKT

# TEIL 1: DIE BEWÄLTIGUNG DER GEGENWART

## EINLEITUNG

Stellt die von den Mächtigen der Welt propagierte „Neue Weltordnung“ das „Ende der Geschichte“ dar? Kann die Menschheit mit dieser „Weltordnung“ (über)leben, bietet sie eine Perspektive für die Zukunft der Menschen? Wenn nicht, wie könnte ein Gegenentwurf zur bestehenden „Weltordnung“ aussehen?

Dieser Text ist als einleitender Diskussionsbeitrag gedacht: Zur Darstellung der „Perspektive unabhängige Kommunikation“ (puk) und unseres Ansatzes, über ein Neues Historisches Projekt die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus voranzubringen. Die Broschüre ist in mehrere Abschnitte gegliedert, die aufeinander aufbauen, aber auch für sich getrennt gelesen und diskutiert werden können.

Wir werden zunächst auf die historische Entwicklung des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells eingehen, von der Zeit des 15. Jahrhunderts bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Anschließend beschreiben wir die Nachkriegszeit ab 1945 bis zur heutigen Situation.

Es ist notwendig zu verstehen, dass die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht Launen der Geschichte, keine zufälligen Entwicklungen sind, sondern sich im Kampf um die Durchsetzung bestimmter Interessen herausgebildet haben, die auch heute noch fortbestehen. Geschichte verläuft nicht geradlinig, sondern ist durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse bestimmt, durch die bestimmte Entwicklungen beschleunigt, andere verlangsamt oder sogar umgekehrt werden. Die wichtige Rolle sozialer Bewegungen in den weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen ist uns bewusst, eine detailliertere Betrachtung würde aber den Rahmen dieses Textes sprengen. Wir beschränken uns daher auf eine reine Situationsbeschreibung, da wir in erster Linie die Kontinuität in der Interessensverfolgung der Mächtigen darstellen wollen.

An den historischen Abschnitt schließt ein Kapitel über mögliche gesellschaftliche Entwicklungen in den kommenden Jahren an, die von Aussagen aus Politik, Wirtschaft und Militär abgeleitet werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf den Einfluss neuer Technologien gelegt, da sie die Lebensbedingungen der Menschen in den nächsten Jahrzehnten stark verändern werden, in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen vergleichbar mit denen der industriellen Revolution Ende des vergangenen Jahrhunderts.

Den Abschluss bildet ein Ausblick auf eine gesellschaftliche Alternative zur bestehenden Weltordnung: Ein Neues Historisches Projekt der Moderne, das auf den Grundprinzipien der politischen und sozialen Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität beruht. In diesem Abschnitt wird auch die Perspektive unabhängige Kommunikation beschrieben, ihr Ansatz und ihre Möglichkeiten, die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen zu führen.

Viele Gedanken im vorliegenden Text werden nur angerissen und bedürfen der Ergänzung und Fortführung. In einer gemeinsamen Diskussion mit all denen, die zu einer würdigen und gerechten Zukunft für alle Menschen auf dieser Welt beitragen wollen.



puk e. V. – Perspektive unabhängige Kommunikation  
Sparkasse Göttingen,  
Konto-Nr. 50 58 73 77, BLZ 260 500 01

(Spenden an den puk e.V. sind nicht absetzbar, aber dennoch ausdrücklich erwünscht.)

# HISTORISCHE ENTWICKLUNG: VON KOLUMBUS BIS HIROSHIMA

Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten Ende der achtziger Jahre verkündeten die Propheten des kapitalistischen Wirtschaftssystems das „Ende der Geschichte“ (Zitat Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Planungsstabes im US-Außenministerium, 1992), das Ende aller Alternativen zum Kapitalismus<sup>1</sup>. Der Kapitalismus als herrschende Wirtschaftsordnung gilt nunmehr für alle Zeit als das einzig funktionierende System bar jeder Alternative. Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg 1991 und der Bildung einer militärischen Allianz gegen den Irak wurde vom damaligen US-Präsidenten George Bush (senior) auch das Schlagwort „Neue Weltordnung“ populär gemacht. Doch so neu ist diese angeblich „Neue Weltordnung“ gar nicht, wenn man diesen Begriff vor dem Hintergrund politischer und militärischer Machtausübung zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen betrachtet. In verschiedenen Ausprägungen existiert sie seit mehr als 500 Jahren (als Wirtschaft um der Bereicherung willen – Chrematistik – sogar schon seit etwa 6.000 Jahren<sup>2</sup>).

Den Ausgangspunkt der „modernen Welt“ markiert die Landung Christobal Colons (Kolumbus) in Amerika mit der Unterwerfung, Massakrierung und systematischer Zerstörung der Kultur der dort lebenden indigenen Bevölkerung ab 1492. Die Ausbeutung von Ressourcen und Menschen zum Ziele des Profits ist bis zum heutigen Tag fester Bestandteil kapitalistischen Wirtschaftens geblieben. Waren bis zum 18./19. Jahrhundert noch überwiegend Adel und Klerus (christliche Kirche) Nutznießer überseeischer Ausbeutung und der Unterdrückung der heimischen Landbevölkerung, so verlagerte sich dieses „Recht“ mit der französischen Revolution 1789 auf das aufstrebende Bürgertum. Erfindungen wie die Spinn- oder die Dampfmaschine (1769, James Watt) läuteten den Beginn des Industriezeitalters ein, verbunden mit massiven Änderungen in der Bevölkerungsstruktur. Während sich zuvor die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft stark auf den ländlichen Bereich konzentrierte, kam es nun zu einer sprunghaften Zuwanderung in die Städte, wo Arbeitskräfte in den neu entstehenden Manufakturen – vor allem der Textilindustrie – benötigt wurden. Das Anwachsen der Manufakturen und die Massenzuwanderung in die Städte führte zur Ausbildung einer neuen Klasse von Abhängigen und Unterdrückten – des Industrieproletariats. Anders als im Feudalismus mit Leibeigenschaft, also der völligen Entrechtung eines Men-

schen über dessen Leben, Arbeitskraft und Aufenthaltsort, war der Industrieproletarier „frei“. Im Gegensatz zu Fronddienst und Knechtschaft besaß der Industrieproletarier die Freiheit, zu entscheiden, ob und wem er seine Arbeitskraft anbietet. Genauer: die Entscheidungsfreiheit, zu verhungern oder sich zu miserablen Konditionen kaputtzuschuften.

Die technologischen Entwicklungen im 19. Jahrhundert erhöhten die wirtschaftliche Produktivität, mehr und mehr Waren konnten produziert und verkauft werden. Durch den Ausbau des Transportnetzes über Eisenbahnen konnten Waren in großen Mengen über weite Entfernungen transportiert werden. Die damit verbundenen Profit- und Machtzuwächse führten zu der Notwendigkeit eines Wandels in der politisch-geographischen Struktur der regionalen Einflusszonen. Aus dem Erfordernis, den Warenverkehr innerhalb eines Gebietes zu vereinfachen und Handelsbeschränkungen aufzuheben, entstanden die Nationalstaaten. Durch eine zentrale Staatsregierung, zunächst in Form von konstitutionellen Monarchien, später mit stärkerem Einfluss der Parlamente, wuchs die Handlungsfähigkeit der Mächtigen einer Region. Die auseinanderstrebenden Einzelinteressen der adligen Landesfürsten, Grafen und Könige standen dieser Entwicklung im Wege, weshalb der Einfluss des Adels, der seine einstige ökonomische Bedeutung verloren hatte, zwangsläufig zurückgedrängt wurde.

Die Stärke eines Nationalstaats maß sich neben seiner ökonomischen Kraft vor allem an der Stärke und Bewaffnung seiner Armee. Waren bis zum 17. Jahrhundert überwiegend die Spanier und Portugiesen die dominierenden Mächte, die in blutigen Eroberungsfeldzügen überseeische Gebiete zu Kolonien machten und deren Bevölkerung versklavten, so schwand deren Bedeutung im 18./19. Jahrhundert. Als neue Kolonialmächte traten Großbritannien, Frankreich und die Niederlande hervor, die ihre Einflusszonen nach Nord- und Südamerika, Afrika und Asien ausweiteten. Das Zeitalter des Imperialismus hatte begonnen. Dabei spielten die oben beschriebenen Technologien wie Dampfschiffahrt, die Eisenbahn und die Telegrafie eine entscheidende Rolle, ohne die eine militärische Eroberung und wirtschaftliche Ausplünderung in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen wäre. Der Handel expandierte dadurch in riesenhaftem Umfang. Deutschland nahm an dieser Entwicklung

verspätet teil, da erst 1871 die Bildung des deutschen Nationalstaats durch Bismarck erreicht wurde. Dennoch hinterließen deutsche Kolonialtruppen vor allem in Afrika eine Blutspur, die der Brutalität der holländischen, britischen und französischen Legionen in nichts nachstand. Von dem einst 80.000 Menschen zählenden Volk der Herero überlebten zwischen 1904 und 1907 nur gut 15.000 die deutsche Bestrebung nach „einem Platz an der Sonne“ (Kaiser Wilhelm II.). Der deutsche Imperialismus wurde, wie auch in anderen Nationalstaaten, maßgeblich von Wirtschaftsverbänden wie dem „Alldeutschen Verband“ vorangetrieben. Die konkurrierenden Interessen der europäischen Kolonialmächte gipfelten im 1. Weltkrieg, in dem mehr als zehn Millionen Menschen dem Profitinteresse und Machtstreben Weniger zum Opfer fielen.

Der 1. Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen führte zu einer Reihe von ökonomischen, technologischen und politischen Umwälzungen, die die damalige Welt grundlegend verändern sollten: In Russland siegte die sowjetische Oktoberrevolution 1917 über den Zarismus. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit entstand ein Staat, in dem der Besitz an Boden und Produktionsmitteln nicht in den Händen Einzelner lag, sondern verstaatlicht wurde. Ein riesiges fruchtbares und rohstoffreiches Gebiet mit 200 Millionen Bewohnern war dadurch dem freien Zugriff der Wirtschaftsmächte entzogen. Die Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten in Russland hatte Ausstrahlungskraft auf die Arbeiterbewegungen weltweit. In Deutschland kam es 1918 zur Novemberrevolution, deren sozialistische Tendenzen durch die an die Regierungsmacht gelangte sozialdemokratische Partei (SPD) schließlich militärisch niedergeschlagen wurden. Noch etwas anderes hatte sich in der Welt nach dem 1. Weltkrieg verändert: Die USA nutzten jetzt die relative Schwäche der westeuropäischen Industrienationen – vor allem Großbritanniens – und konnten ihre Position im politischen und ökonomischen Weltgeschehen erweitern und festigen. Die ökonomische Bedeutung der USA wuchs durch die Verwendung neuer Fertigungsmethoden, die eine höhere Produktion von Gütern in einer kürzeren Zeitspanne ermöglichten. Ihren Ausgangspunkt nahm diese Entwicklung in der Automobilindustrie, wo Henry Ford im Mai 1913 in seinem neuen Werk Highland Park in Dearborne die Fließbandproduktion einführt: Ein Fahrgestell, das bisher in zwölftehalb Arbeitsstunden gefertigt wurde, verließ nun bereits nach anderthalb Stunden das Fließband. Schon Anfang 1914 konnten die Autos abnahmefertig von den Montagebändern heruntergefahren werden. Von 1912 bis 1915 verdreifachte sich

die Produktion, und ab 1924 kamen jährlich zwei Millionen Fords neu in den Verkehr. Der „Fordismus“ markierte eine technologische „Revolution“ in der Fertigungstechnik und führte zur Massenproduktion von Gebrauchsgütern, die durch hohe Stückzahlen nun für eine bislang unerreichte Anzahl von Menschen erschwinglich wurden. Ford bezahlte den ArbeiterInnen seiner Werke höhere Löhne, und das nicht etwa, weil der Firmeninhaber ein netter Mann gewesen wäre. Durch die höheren Löhne und sinkenden Automobilpreise konnten sich die ArbeiterInnen nun auch die Fließbandfahrzeuge leisten. Das Privileg, dass nur Reiche ein Auto besitzen konnten, fiel. Gleichzeitig wurde durch diese gezielte Belegung der Nachfrage erreicht, dass mehr Profit erwirtschaftet werden konnte (siehe Kasten Seite 5).

Ob die Automobilarbeiter einen Vorteil davon hatten, für die von ihnen selbst hergestellten Produkte auch noch zu zahlen, sei dahingestellt. Nicht fragwürdig hingegen ist die Profitspanne, die von Ford und dem seinen Beispiel folgenden Unternehmen erzielt wurde. Die Einführung der Fließbandarbeit stellte aber auch eine starke Entfremdung der Werk-tätigen von ihrem Produkt her. Wurden zuvor ganze Arbeitsabläufe von Einzelnen durchgeführt, beschränkte sich deren Arbeitshandlung nunmehr auf immer gleiche Handgriffe. Der Arbeitsablauf wurde im Lauf der Zeit immer strukturierter. Durch diesen sogenannten „Taylorismus“ (nach F. W. Taylor, „Die Grundsätze der wissenschaftlichen Betriebsführung“, 1913) wurden ganze Arbeitsabläufe in Einzelbewegungen zerstückelt, analysiert und die Produktivität der Arbeitenden dadurch gesteigert, dass „überflüssige“ Bewegungen wegrationalisiert wurden. Zitat Taylor: „(...) in jeder kleinsten Handlung, in jedem Griff eines Arbeiters (steckt) eine Wissenschaft“. Und: „Bisher stand die „Persönlichkeit“ an erster Stelle, in Zukunft wird die Organisation und das System an die erste Stelle treten“. Der zeitsparende Griff der Hand zum Zahnrad A um es auf kürzestem Wege auf Teil B zu montieren, ist die einzig erwünschte „Arbeiterbewegung“.

Die Bedeutungslosigkeit des ungelerten Arbeiters wuchs, seinen Arbeitstakt gab die Maschine vor und er wurde noch auswechselbarer als zuvor. Die Rationalisierungen in den Fabriken hatten einschneidende soziale Folgen. Es wurden weniger Arbeitskräfte benötigt als zuvor, und die, die Arbeit hatten, konnten schneller ersetzt werden. Die „industrielle Reservearmee“ der Arbeitslosen wuchs genauso schnell wie die Gewinne der Großindustriellen. Der Druck auf Menschen mit Arbeit, notfalls niedrigere Löhne zu akzeptieren, wenn sie ihre Arbeit behalten wollten stieg wie der Konkurrenzdruck, der andere Unterneh-

**Der Profit eines Unternehmens wird einzig und allein aus der menschlichen Arbeitskraft erzielt, ihre Kosten sind als einzige variabel und können den Erfordernissen des Marktes angepasst werden – wie und in welchem Umfang ist eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Produktionsmittel wie Maschinen verursachen dagegen konstante Kosten.**

Angenommen, eine Arbeiterin in einer Fahrzeugfabrik verursacht durch ihren Arbeitslohn inkl. Abgaben (Steuer, Versicherung) Monatskosten in Höhe von 500 US\$, und die Maschine, die sie bedient, verursacht feste Kosten in gleicher Höhe für Strom, Material, Ersatzteile etc. Beide zusammen, Mensch und Maschine, verursachen für das Unternehmen daher Kosten in Höhe von 1.000 US\$ pro Monat, erschaffen in dieser Zeit aber einen Wert von z. B. 2.000 US\$ durch die Produktion von 10 wichtigen Zubehörteilen (Stückpreis 200 US\$). Der erwirtschaftete und vom Unternehmen abgeschöpfte „Mehrwert“ beträgt also 1.000 US\$. Angenommen, in einer konkurrierenden Fabrik sind die Verhältnisse ganz

ähnlich, nur konnten hier die Angestellten einen Lohnanteil von 600 US\$ durchsetzen. Bei gleicher Produktivität beträgt der „Mehrwert“ aus der Arbeitskraft des Angestellten daher nur 900 US\$ – das läßt keinen Kapitalisten ruhig schlafen! Daher wird durch eine neue Maschinengeneration die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft erhöht. Bei gleichbleibenden Kosten (Arbeiterin 600 US\$, Maschine 500 US\$) kann die Arbeiterin nun in der gleichen Zeit 20 Zubehörteile produzieren, die einen Wert von 4.000 US\$ aufweisen. Der Mehrwert beträgt in diesem Fall also 2.900 US\$, da schläft es sich schon wieder besser (zumindest, solange die Konkurrenz noch nicht nachzieht). Das Ganze macht natürlich nur Sinn, wenn es auch genügend Konsumenten für die Zubehörteile gibt – also gibt der gute Chef die Teile an seine Angestellten verbilligt ab – Stückpreis 150 US\$. Natürlich finden sie bei diesem Preis rasenden Absatz, und es verbleiben noch 1.900 US\$ im Klingelbeutel des Wohltäters, zu denen er außer einer schlaunen Idee nichts, die Arbeiterin aber einen Monat Arbeit beigetragen hat, für die sie mit nur 600 US\$ nach Hause geht.

men dazu veranlasste, ebenfalls zu rationalisieren. Die sozialen Spannungen verschärften sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre – vor allem in Europa: der Rückzug amerikanischer Kredite führte nach dem „Schwarzen Freitag“ an der Wall-Street 1929 zum Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige. Die Arbeitslosigkeit in Europa erreichte Rekordzahlen (1932 in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose). Durch die schlimme soziale Lage vieler Menschen stieg die Zustimmung für linke Parteien in Deutschland, vor allem bei Werktätigen und Erwerbslosen. Aber auch nationalistische Bewegungen konnten in den zwanziger Jahren an Boden gewinnen. Während kommunistische Kräfte jedoch bekämpft wurden und mit Parteiverboten und brutaler staatlicher Gewalt zu rechnen hatten, erhielten nationalistische und chauvinistische Parteien wie die DNVP und die NSDAP Unterstützung aus Mittelstand und Industrie (Treffen Hitlers mit Großindustriellen des Düsseldorfer Industrieclubs im Januar 1932). Die ökonomisch Mächtigen sahen ihre Interessen durch kommunistische Tendenzen in der Bevölkerung bedroht, nicht aber durch den Faschismus, der mit seinem mörderischen Antisemitismus und Chauvinismus der Bevölkerung Sündenböcke für die soziale Not lieferte und gleichzeitig für die Erweiterung des Machtbereiches der nationalen Ökonomien genutzt werden konnte. Am 31. Januar 1933 wurde die Regie-

rungsmacht auf Adolf Hitler, den Führer der NSDAP, übertragen. Dessen erste Amtshandlungen richteten sich gegen Organisationen der Werktätigen mit der Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten und nun auch dem Verbot der sozialdemokratischen Presse. Wenige Wochen später, am 2. Mai 1933, wurden die freien Gewerkschaften in die „Deutsche Arbeitsfront“ aufgelöst. Die expansive Ideologie der deutschen Faschisten deckte sich mit den Interessen der deutschen Konzerne, die nach dem verlorenen 1. Weltkrieg ihre Einflusssphären erneut ausweiten wollten. Sie profitierten doppelt und dreifach: durch die Ankurbelung der Rüstungsproduktion, durch billige Rohstoffe aus den annektierten Gebieten und durch Zwangsarbeiter in den Arbeitslagern. Der aggressive deutsche Expansionsdrang geriet mit den politisch-wirtschaftlichen Interessen anderer Industrienationen wie Frankreich, Großbritannien sowie den USA in Konflikt, was die deutschen Eliten jetzt veranlasste, die Expansion militärisch voranzutreiben. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 leitete Deutschland den 2. Weltkrieg ein. Bis 1945 kamen in diesem Krieg mehr als 55 Millionen Menschen ums Leben, darunter mindestens sechs Millionen in Konzentrationslagern ermordete Juden und mehr als zwanzig Millionen Bürger der Sowjetunion, rund zehn Prozent ihrer Bevölkerung – Fazit: die Mehrzahl der im 2. Weltkrieg ermordeten Menschen waren Zivilisten.

# gegenwärtige entwicklung: schöne neue welt?

1945 lag Europa in Trümmern. Nach Kriegsende übernahmen die USA, die als einzige der Alliierten nicht vom Krieg auf eigenem Territorium betroffen waren, die wirtschaftliche Führungsposition in der Welt. Mit dem Abwurf zweier Atombomben über den japanischen Großstädten Hiroshima und Nagasaki wurden die USA zur ersten Atommacht und bauten ihre militärische Vormachtstellung aus. An den Folgen dieser beiden ersten Atombombenangriffe starben bis zum heutigen Tag mehrere hunderttausend Menschen. Auch hier wieder: fast ausschließlich Zivilisten. Die wirtschaftliche Führungsposition der USA manifestierte sich in der Währungsordnung von Bretton Woods, die im Juli 1944 vereinbart wurde. Darin wurde eine feste Bindung der Währungen an den US-Dollar festgelegt. Jede Währung war nun zu einem festgelegten Kurs in Dollar wechselbar. Gleichzeitig garantierte die US-Notenbank, Dollar in Gold umzutauschen. Der US-Dollar wurde zur weltweiten Leitwährung und zum Stabilitätsgaranten im Währungssystem. Gleichzeitig unterlag der Devisenhandel staatlicher Aufsicht, der Umtausch und Transfer größerer Geldmengen war in den meisten Ländern genehmigungspflichtig. Als wichtigste und von der Nachkriegszeit bis heute bestimmenden Finanzinstitutionen wurden in Bretton Woods der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gegründet. Beide Institutionen standen von Beginn an nahezu vollständig unter der Kontrolle der wichtigsten Industrienationen (später die G7-Staaten USA, Kanada, Großbritannien, Italien, Frankreich, Japan und Deutschland) unter Federführung der USA. Damit hatten diese Staaten ein wichtiges nicht-militärisches Machtinstrument in ihren Händen, mit dem sie wesentlich die Vergabekriterien für Kredite bestimmen konnten und damit weit in die nationale Souveränität eines kreditnehmenden Staates eingreifen konnten (zum Beispiel durch Forderungen des IWF, staatliche Sozialprogramme zu kürzen, um Währungsstabilität und damit die Rückzahlung der Kredite mit Zins und Zinseszins einzufordern – mit verheerenden Folgen für die ärmsten Schichten der Bevölkerung). Das Währungssystem von Bretton Woods bestand 1970 fast dreißig Jahre: Jetzt gaben die USA, Deutschland, Kanada und die Schweiz die Kapitalverkehrskontrollen auf, da sie immer mehr als bürokratisches Hindernis angesehen wurden, die den freien Kapitaltransfer der Banken und der auf den Weltmarkt drängenden Industrien behinderten. Das

Festkurssystem mit Bindung an den US-Dollar brach stückweise zusammen. 1979 hob Großbritannien die letzten Beschränkungen auf, Japan folgte ein Jahr später. Frankreich und Italien gaben 1990 im Zuge der europäischen Binnenmarktschaffung den Geld- und Kapitalverkehr frei, Spanien und Portugal 1992. Der IWF (und damit die wichtigsten kapitalistischen Industrienationen) koppelte zudem seit den achtziger Jahren die Kreditvergabe an die Auflage, die Währung konvertibel zu machen und das Land für den internationalen Kapitalverkehr zu öffnen. Dadurch wurde die neue Richtlinie des Kapitals Gesetz. Es war nur eine Frage der Zeit, bis auch die übrigen Staaten nachziehen würden und ihre (Finanz-)Märkte öffnen mussten. Diese Zeit ist als eigentlicher Beginn der sogenannten „Globalisierung“ anzusehen, womit auch deutlich wird, dass die „Globalisierung“ kein schicksalhaftes Ereignis ist, das sich quasi schwerelos und ohne Ursache in Zeit und Raum bewegt. Vielmehr sind die in den Medien unter dem Stichwort „Globalisierung“ zusammengefassten Ereignisse wie weltweite Firmenzusammenschlüsse, Produktionsverlagerungen ins Ausland, Massenentlassungen, Internet-Warenverkehr und dergleichen, Folge einer bewusst durchgesetzten Strategie der G7-Staaten zur Vermeidung einer dauerhaften Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems (siehe Kasten Seite 7).

Mit dem Ende des Systems von Bretton Woods begann eine neue Phase des Kapitalismus, in der der Handel mit Devisen gegenüber dem internationalen Warenaustausch eine immer stärkere Rolle einnahm. Während der Zeit des Bretton-Woods-Systems waren etwa neunzig Prozent des international ausgetauschten Kapitals für Investition und Handel bestimmt und wurden tatsächlich in reale Gegenwerte umgesetzt, zum Beispiel in die Errichtung neuer Produktionsstätten. Das spekulative Kapital machte während dieser Zeit nur rund zehn Prozent aus. 1990 waren diese Zahlen umgekehrt, und 1994 wurden bereits mehr als 95 Prozent des Kapitalflusses für reine Spekulationszwecke verwendet. Fazit: ein Großteil des Umsatzes der Konzerne findet nicht mehr im Handels- und Produktionsbereich statt, sondern an internationalen Finanzmärkten, ähnlich einem global angelegten Casino. Die steigenden Unternehmensgewinne bei gleichzeitig dramatischem Arbeitsplatzabbau zeigen, wohin die Reise geht. Die Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze vom wirtschaftlichen Wohl der

Unternehmen abhängig zu machen („Sag nicht am Ast, auf dem Du sitzt“, Kampagne der Metallarbeitgeber), ist deshalb Propaganda und – Augenwischerei!

Dramatisches Beispiel für diese Entwicklung waren die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten, als die Gruppe des Finanzmaklers Soros 1992 die Zinspolitik der deutschen Bundesbank nutzte und unter anderem gegen das britische Pfund spekulierte. Weltweit gerieten die Währungskurse ins Rutschen. Während Soros und andere Finanzgruppen in ein paar Stunden mit Telefonaten Milliarden Gewinne machten, wurde so gut wie nichts über die Auswirkungen dieses „Geschäfts“ auf die Menschen bekannt, die am sozialen Abgrund stehen. Über die Anzahl der durch solche „Deals“ verloren gegangenen Arbeitsplätze, damit verbundener finanzieller Not und die Vernichtung von Existenzen wird keine Statistik geführt – jedenfalls nicht in den Schlagzeilen. „Als Investor ist es mein Job, Profite zu machen“, da „kann ich mich nicht um die sozialen Folgen meines Handelns kümmern“, meint George Soros.

Mit dem Beginn der neoliberalen „Globalisierung“ wurde das bisherige Wirtschaftsmodell zu Grabe getragen, das auf Grundlage des Fordismus und des Systems von Bretton Woods seit den Nachkriegsjahren bestand und das in den westlichen Industrienationen unter anderem für hohe Beschäftigtenzahlen und gesteigerten Massenkonsum in den sechziger und

frühen siebziger Jahren gesorgt hatte: der Keynesianismus (benannt nach seinem Begründer, dem britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes). Der Keynesianismus war in erster Linie ein sozialdemokratisches Wirtschaftsmodell, das darauf basierte, durch Staatsverschuldung, das sogenannte „deficit spending“, (unter anderem für Beschäftigungsprogramme, Sozialleistungen) den Massenkonsum anzukurbeln und damit rückwirkend wieder die Produktion zu erhöhen. In einer Art Rückkopplung sollten durch Produktionssteigerungen Arbeitsplätze geschaffen, das Einkommen der Bevölkerung erhöht und damit auch wieder der Konsum gesteigert werden. Weiteres Kennzeichen dieses Modells war der relative Friede in den Klassenauseinandersetzungen, der unter anderem durch höhere Löhne, verbesserte Arbeitsbedingungen und Sozialstandards erkaufte wurde (ideologisch begleitet durch die „Sozialpartnerschaft“ zwischen Unternehmen und den Gewerkschaften).

In den siebziger Jahren konnte in der BRD die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP eine hohe Staatsverschuldung in Kauf nehmen, um vielen Menschen eine soziale Grundsicherung zu bieten. Damit wurde eine Steigerung des Massenkonsums als Motor für die Wirtschaft herbeigeführt (wer viel hat, kann auch viel ausgeben). Durch ein relativ beständiges Lohnniveau und gesicherte Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde der „soziale Frieden“ als Standort-

Was in der Hochphase des Fordismus noch gelang – den Massenkonsum durch Produktneuheiten, entsprechende Werbung und niedrige Preise anzukurbeln und dadurch die immer schneller und immer günstiger produzierten Produkte gewinnbringend abzusetzen – kam nach und nach ins Stocken. Konkurrenz der Konzerne untereinander zwang zu weiteren Rationalisierungen, um die Kosten zu senken und die Produktivität zu erhöhen, das heißt mit immer weniger Beschäftigten immer mehr zu produzieren. Hier sind die Konzerne auf zweierlei Art in die Sackgasse geraten:

Zum einen wird es schwieriger, die massenhaft produzierten Güter abzusetzen, denn der Verbrauch alter und der Bedarf an neuen Waren kann nicht mehr mit der hohen Stückzahlproduktion und dem rasanten Tempo der Produktinnovationen mithalten. Denn: wer braucht in den Industrienationen schon jedes Jahr ein neues Auto, wenn es das alte noch drei bis fünf Jahre lang tut? Abgesehen vom ökologischen Desaster, das einer weltweiten Verbrei-

tung des Individualverkehrs folgen würde – es ist unwahrscheinlich, dass die drei Viertel der nicht motorisierten Weltbevölkerung zu zahlungskräftigen Käuferschichten gehören, die einen neuen Automobilboom auslösen könnten. Kurzum: In diesem Zusammenhang spricht man auch von „Überproduktionskrise“ des Kapitals.

Zum anderen können die Firmen pro verkauftes Produkt einen immer geringeren Anteil an Profit erwirtschaften, da die Wertschöpfung ja allein durch die menschliche Arbeitskraft entsteht. Durch Rationalisierung und Technisierung der Produktion sinkt der Anteil der menschlichen Arbeitskraft (d. h. der variablen Kosten) an einem Produkt, während der konstante, durch Maschinen verursachte Anteil, absolut wächst. Die Aussichten auf hohe Gewinne durch Warenproduktion und -absatz sind trübe. In neue Produktionsstätten zu investieren, macht in vielen Wirtschaftszweigen jetzt keinen Sinn mehr – das würde die Überproduktionskrise nur verstärken. Stattdessen flüchtet sich das Kapital in die Prophezeiung zukünftiger Gewinne – und geht an die Börse.

vorteil der BRD in der Weltwirtschaft erhalten. In kaum einem anderen Land der Welt gab es so wenige Streiks wie in der BRD. Selbst Systemkritiker konnten eine Nische finden, sofern sie nicht die Macht des Kapitals und seiner parlamentarischen Bewährungshelfer grundsätzlich in Frage stellten. Diese sozialdemokratische Wirtschaftsvariante stieß in den Folgejahren zunehmend an die Grenzen der durch die Profitinteressen der Konzerne gegebenen Rahmenbedingungen. Zum einen war der „Klassenfrieden“ teuer erkaufte, was die Gewinnspannen begrenzte und keine hohen Profitzuwächse in Aussicht stellte. Zum anderen grub sich das System selbst das Wasser ab, da eine Steigerung der Produktion nicht zwangsläufig mit einer Erhöhung der Beschäftigtenzahlen verbunden ist. Im Gegenteil: durch neue Produktionstechnologien wurden höhere Stückzahlproduktionen bei geringerer Beschäftigung möglich. Die verschärften ökonomischen Bedingungen im Zuge der Globalisierung führen heute dazu, dass für dieses sozialdemokratische Modell des „deficit spending“ kaum noch Raum existiert. So sind zum Beispiel für den europäischen Binnenmarkt und dessen neue Währung, den Euro, Kriterien geschaffen worden, die die Staatsverschuldung auf ein Minimum beschränken sollen. Schulden müssen jedoch irgendwann beglichen werden, und durch die veränderten ökonomischen Bedingungen ist immer weniger absehbar, wie dies zukünftig geschehen soll (siehe Kasten).

„Genau diese Entwicklung ist es, die den demokratischen Staat zum reinen Krisenverwalter mutieren lässt. Je mehr er sich dem finanziellen Notstand

Der Staat tritt nicht selbst als Unternehmer auf, der Profit aus der Arbeit seiner Angestellten schöpft. Er finanziert sich zum größten Teil aus der Steuer (z. B. Besteuerung der Arbeitseinkommen (Einkommenssteuer), Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Gewerbesteuer...). Das bedeutet aber auch, dass mit wachsender Massenarbeitslosigkeit dem Staat immer weniger Geld aus der Besteuerung von Arbeitseinkommen zur Verfügung steht – zusammen mit seinen „Untertanen“ geht der Staat pleite. Erste Folge davon ist der Zusammenbruch des Sozialsystems, für das immer weniger Menschen Beiträge zahlen können. Gleichzeitig steht dem Staat auch immer weniger Geld aus der Besteuerung von Unternehmensgewinnen zur Verfügung – denn das Kapital hat längst die nationalstaatlichen Grenzen hinter sich gelassen und investiert dort, wo es nicht mit solchen „Lästigkeiten“ behelligt wird.

nähert, desto mehr reduziert er sich auf seinen repressiven Kern. Die Infrastrukturen werden zurückgefahren auf die Bedürfnisse des transnationalen Kapitals. Wie ehemals in den kolonialen Gebieten beschränkt sich die gesellschaftliche Logistik zunehmend auf wenige ökonomische Zentren, während der Rest verödet. Was sich privatisieren lässt, wird privatisiert, auch wenn damit immer mehr Menschen von den elementarsten Versorgungsleistungen ausgeschlossen bleiben.“ (aus: Gruppe Krisis, „Manifest gegen die Arbeit“, S. 30/31).

Denn ob ein Personenzug regelmäßig fährt oder Krankenhäuser über genügend medizinisches Gerät verfügen, ist dem Kapital letztlich egal, solange der Güterverkehr rollt und das eigene (privilegierte) Personal über die Möglichkeit verfügt, private Hilfsdienste in Anspruch zu nehmen. Dies ist einer der Gründe für die massiven Kürzungen im sozialen, kulturellen und bildenden Bereich, die europaweit (in Frankreich und Italien noch sehr viel stärker als in Deutschland) in den letzten Jahren zu massiven sozialen Protesten geführt haben.

Das oben beschriebene keynesianistische Wirtschaftsmodell fand in wirtschaftlich weit entwickelten Industrienationen Anwendung. Eine keynesianistische Verschuldungspolitik konnte dagegen aufgrund der ohnehin schon hohen Staatsverschuldung und der Abhängigkeit von Weltbankkrediten und IWF-Auflagen in vielen Ländern der sogenannten „3. Welt“ nicht angewendet werden. Für Schwellenländer wie Chile oder Südkorea wurden andere „Entwicklungs“-Modelle, andere „Spielarten“ des Kapitalismus entworfen. Ein Beispiel ist der „Monetarismus“ Milton Friedmans und seiner „Chicagoboy“ genannten Schüler, deren Wirtschaftsmodell vor allem auf die Senkung der Produktionskosten setzt. Eine derartige Wirtschaftspolitik spart bei variablen Kosten, also bei den Löhnen und den sozialen Leistungen für die Bevölkerung. Die von Maschinen verursachten Kosten sind feste Werte (Energie, Betriebsmittel, Wartung) und können allenfalls durch neuere, bessere Maschinen gesenkt werden. Die Senkung von Löhnen und Sozialleistungen erfordert einen entsprechenden Unterdrückungsapparat, der diese Maßnahmen gegen die aufbegehrende Bevölkerung auch mit Gewalt durchsetzt. In Chile war es das Militärregime unter General Pinochet, der sich am 11. September 1973 mit Hilfestellung des CIA und profitierender Wirtschaftskreise (unter anderem ITT) gegen die in freien Wahlen zur Regierungsmacht gelangte Volksfrontregierung Salvador Allendes an die Macht putschte. Zur Freude der nationalen Bourgeoisie und In- und ausländischer Konzerne: Aus einem Fax der Farbwerke Hoechst AG,

Santiago de Chile vom 17. September 1973: „Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden ... Chile wird in Zukunft ein für Hoehcher Produkte zunehmend interessanter Markt sein“.

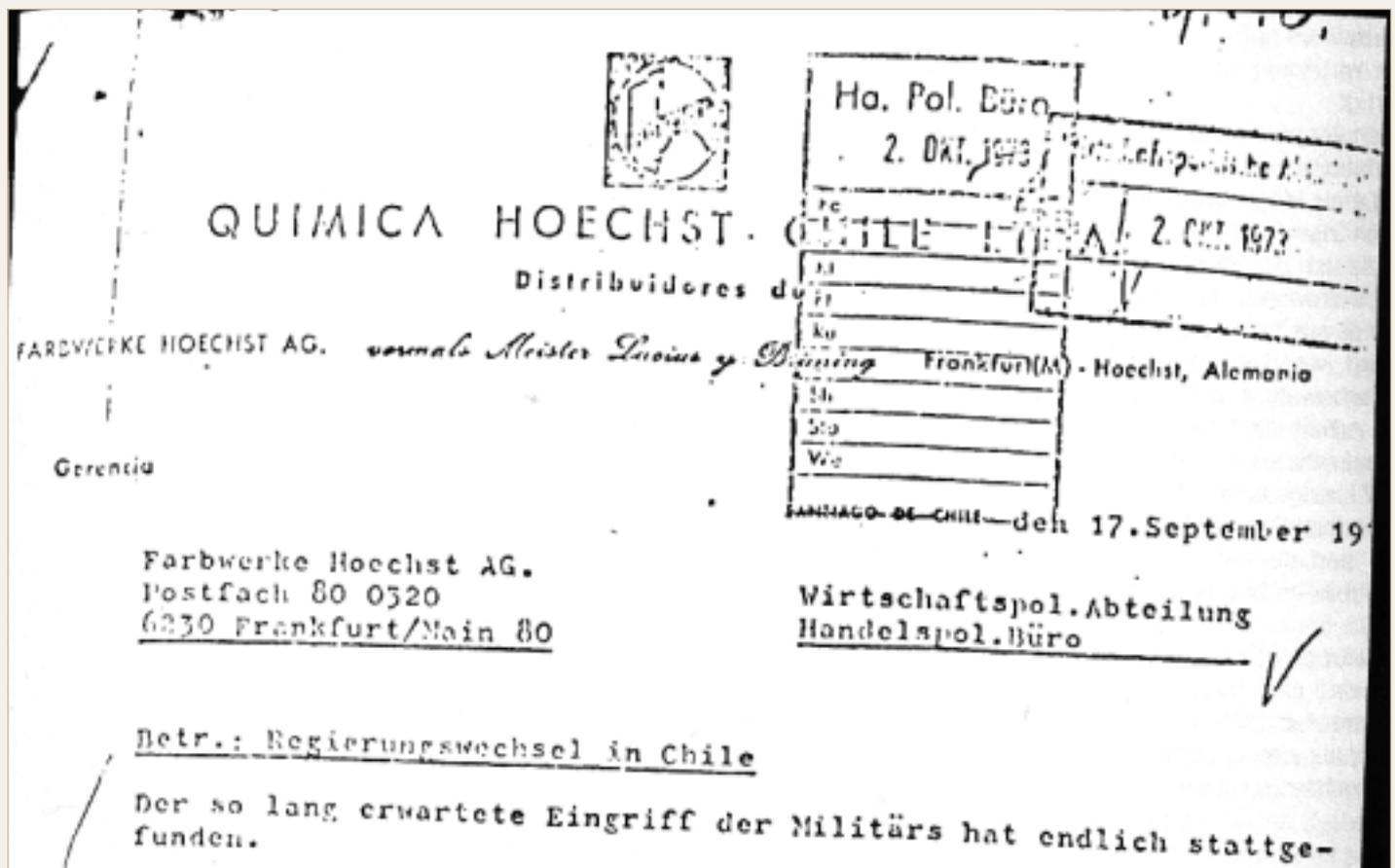
Den „Eingriff“ der Militärs überlebten mehrere tausend Chilenen nicht, darunter auch Präsident Allende. Tausende Oppositionelle wurden gefoltert – viele von ihnen sind bis zum heutigen Tag in den Lagern, Folterkellern und Massengräbern „verschwunden“.

Sie sind die Opfer einer neuen „Spielart“ des Kapitalismus, dessen Vertreter immer dann die Fahne der Menschenrechte hochhalten, wenn es ihnen politisch-strategisch ins Programm passt: Kuba, Nicaragua, Kosovo...die Liste ließe sich problemlos fortsetzen. Militärregimes wie in Chile oder Südkorea dagegen galten lange Zeit als „Musterschüler“ und genießen bis heute umfangreiche militärische und wirtschaftliche Hilfe.

Mit der Aufgabe des Keynesianismus wurde von Seiten des Kapitals die relative Zurückhaltung in den westlichen Industrienationen aufgegeben, auch harte soziale Auseinandersetzungen werden bewusst in Kauf genommen. Längst schon läuft der Angriff auf die in langen Auseinandersetzungen erkämpften Errungenschaften sozialer Bewegungen: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Rentenversicherung, kostenloser Zugang zu

Bildungseinrichtungen. Aber nicht nur dies, auch im kulturellen Bereich wird ein Kahlschlag durchgeführt: Kultur wird nach „Marktwert“ beurteilt und auf ein „Event“ für die Besserbetuchten reduziert. Für die Masse bleibt Konservenkultur im Fernsehen und Cinemaxx mit Popcorn. Auf allen Ebenen geführter Klassenkampf von oben!

Viel zu wenig bemerkt handelt es sich dabei nicht um Einzelereignisse, sondern um gezielte Angriffe auf die erkämpften Rechte und demokratischen Mindeststandards. Der Abbau von Grundrechten wie durch den „großen Lauschangriff“ (die umfassende Überwachung von Privatwohnungen- und Geschäftsräumen) und erweiterte Polizeibefugnisse (z. B. neue Polizeigesetze, flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums, Rasterfahndung) ist letztendlich nur die logische Konsequenz dieser Entwicklung. Längerfristig sind härtere Auseinandersetzungen zu erwarten, die polizeistaatlich unter Kontrolle gehalten werden sollen. „Die Nachkriegsära eines ungewöhnlich raschen wirtschaftlichen Wachstums ist vermutlich beendet“, schrieb die Unternehmensberatungsfirma Business International Corporation bereits 1977, noch zu Beginn der Krise. „...das Ende dieser Ära [könnte]...das Konzernmanagement möglicherweise zur Revision seiner Pläne und Strategien zwingen, der radikalsten und schmerzhaftesten seit Menschengedenken<sup>3</sup>.“ Es hat gerade erst begonnen.



# DIE WELT ALS WARE: GLORREICHE ZUKUNFT?

Der Punkt, an dem die Menschheit heute steht, ist nicht das „Ende der Geschichte“: Weder das Ende der Geschichte des Kapitalismus noch der Geschichte überhaupt. Im folgenden wollen wir aufzeigen, welche Entwicklungen sich für die nächsten Jahre andeuten. Dabei stützen wir uns nicht auf Vermutungen und Spekulationen, sondern auf Strategien und Entwürfe, die in den herrschenden Wirtschafts- und Militärgremien diskutiert werden. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Auswirkungen neuer Technologien legen, da diese seit jeher den Motor für die Durchdringung und Umgestaltung gesellschaftlicher Räume und Erschließung von Märkten darstellen. Hierbei ist insbesondere die Rolle der Kommunikationstechnologien hervorzuheben, auf die wir später zurückkommen werden.

Ein zentraler Aspekt des neoliberalen Wirtschaftsmodells und der kapitalistischen Globalisierung ist, dass das Kapital immer weniger auf einen nationalstaatlichen Rahmen angewiesen ist. Wie oben gezeigt wurde, war die Bildung der Nationalstaaten bis zum 19. Jahrhundert geradezu eine Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitals. Inzwischen sind die wichtigsten Konzerne jedoch transnational, ihre Produktionsstätten verteilen sich auf viele Länder der Welt. Die Konzerne lassen sich dort nieder, wo ihnen die besten Bedingungen für die Profitmaximierung geboten werden. Darum geht es zum Beispiel in der Debatte um den „Standort Deutschland“, mit dem Ziel, attraktive Bedingungen für das Kapital zu schaffen. „Attraktive Bedingungen“ heißt beispielsweise niedrige Lohnkosten, geringe Sozialabgaben und Umweltauflagen, hochwertige Arbeitskräfte, innerer Frieden, niedrige Steuern und ungehinderter Kapitaltransfer. In manchen Wirtschaftszweigen, zum Beispiel der Herstellung von Computersoftware, spielen Nationalstaatsgrenzen längst schon keine Rolle mehr. Es ist egal, ob eine Programmiererin in Neu Delhi, in Mexico-City oder in Los Angeles ihrer Arbeit nachgeht. Über Internet kann ihr Produkt umgehend an einen anderen Ort der Welt transportiert und dort fertiggestellt werden. Den Regierungen der

Nationalstaaten kommt dabei immer mehr die Bedeutung zu, die günstigsten Investitionsbedingungen zu garantieren. Der vielgepriesene „schlanke Staat“ ist nichts weiter als der Versuch, die Aufgabengebiete des Staates auf rein verwaltungstechnische Fragen zur Aufrechterhaltung des Gesamtsystems zu reduzieren. Der soziale und kulturelle Sektor wird über kurz oder lang stärker als bisher privatisiert werden. Die Forderung nach „mehr Selbstverantwortlichkeit der Bürger“ ist nichts anderes als die propagandistische Begleitmusik zum Abbau des Systems der sozialen Sicherung, eines wesentlichen Elements der liberalen Demokratien nach 1945. Das betrifft das Gesundheitssystem gleichermaßen wie die Bildung, die Altersversorgung oder öffentliche Dienstleistungen.

In den Gremien der OECD (Organization of Economic Cooperation and Development) wurde das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) diskutiert und zur Vorlage für die Unterzeichnung durch die Regierungen vorbereitet. Das MAI sollte ursprünglich dem Ziel dienen, die Handelsbeziehungen zwischen Staaten und Investoren zu vereinfachen. Als einheitlicher Standard soll es die mehr als 1.500 Investitionsabkommen, die zwischen Staaten bestehen, ersetzen und auf eine weltweit verbindliche Grundlage stellen. Das wäre nicht weiter tragisch, wenn dieses Abkommen in gleichberechtigter Absprache aller daran teilhabenden Staaten entworfen werden würde. Die (Macht)Verhältnisse auf der Welt lassen aber ein gleichberechtigtes Handeln nicht zu. Deshalb wurde der Entwurf zum MAI kurzerhand bei der OECD, der Interessenvertretung der 29 wichtigsten Industrienationen, entwickelt, und nicht, wie ursprünglich geplant, bei der Welthandelsorganisation WTO, in der fast alle Staaten vertreten sind. Den Charakter eines Geheimabkommens im Interesse der westlichen Industrienationen behielt das MAI. Bis zum heutigen Tag wurde in den Massenmedien nicht über das MAI berichtet, eine Information der Öffentlichkeit ist nicht erwünscht.

Im MAI ist erstmals die rechtliche Gleichstellung von „Investoren“ und Staaten vorgesehen. Ein Investor (ein



Nacktes Straßenkind in Rumänien, 2001. Foto: junge Welt

Unternehmen, aber auch finanzkräftige Einzelpersonen), der Geld anlegt, kann einen Staat verklagen, wenn er der Auffassung ist, das „Investitionshindernisse“ bestehen und damit die Aussichten auf Profit eingeschränkt werden. Die umgekehrte Möglichkeit, dass ein Staat ein Unternehmen verklagen kann, besteht nicht. Die Definition von „Investitionshindernissen“ ist weit gefaßt. Darunter fallen beispielsweise sämtliche Importzölle, die einheimische Industrien vor Konkurrenz aus dem Ausland bisher geschützt haben. Durch das MAI werden inländische und ausländische Investoren gleichgestellt. Was hier so fortschrittlich nach „Gleichberechtigung“ klingt, hat katastrophale Auswirkungen auf die wenigen florierenden Wirtschaftssektoren in den Ländern des Südens und Ostens (gemeinhin als „Dritte Welt“ bezeichnet), wenn man berücksichtigt, wie „gleichberechtigt“ etwa das Verhältnis zwischen dem US-Konzern United Fruit („Chiquita“-Bananen) und einer Agrarkooperative Nicaraguas sein mag. Gleichberechtigung – für wen?

„Investitionshindernisse“ sind aber zum Beispiel auch Umwelt- und Sozialauflagen, die die Profite eines Konzerns schmälern könnten. Einen Vorgeschmack auf solche Verfahren gibt der Prozeß zwischen dem US-Konzern Ethyl und der kanadischen Regierung. „Ethyl Corporation“ verklagte die kanadische Regierung auf die Zahlung von Schadensersatz für entgangene Profite in Höhe von 251 Millionen US-Dollar, weil das kanadische Parlament die Verwendung des hochgiftigen Treibstoffzusatzes MMT verbot. Die Klage endete mit einem Vergleich. Am 22. Juli 1998 zog der kanadische Staat sein Verbot zurück und zahlte dem Hersteller zehn Millionen US-Dollar für Gerichtskosten und Gewinnverlust. „Der erzieherische Effekt auf die Parlamente“ ist beeindruckend, so die einhellige Meinung führender Industriekapitäne<sup>4</sup>. Was in diesem Fall durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA gedeckt war, kann durch das MAI zukünftig weltweite Realität werden. Derart eingeschüchtert, werden die demokratisch gewählte Parlamente in Zukunft wohl noch mehr in vorauseilendem Gehorsam auf weitgehende Umwelt- und Sozialstandards verzichten. Wenige Klagen genügen, einen kompletten Staat zu ruinieren. Keine Schwierigkeit bei einem Land wie zum Beispiel El Salvador, dessen Staatshaushalt geringer ist als die Jahreseinnahmen der „New York Times“.

Als „neutrale“ Gerichtsbarkeit für Streitfälle zwischen Staaten und Investoren ist unter anderem die „International Chamber of Commerce“ (ICC), eine Art internationale Industrie- und Handelskammer, vorgesehen. Das MAI weist Regierungen ihre zukünftige Rolle: zu sorgen für „ein friedliches Investitions-

klima“ ohne Streiks und Unruhen. Außerdem ist vom Staat die ungehinderte Ein- und Ausfuhr von Kapital und Waren zu garantieren. Armee und Polizei zur Niederschlagung von Streiks und sozialen Revolten dürfen freundlicherweise die bezahlen, die die Gewehrkolben im eigenen Genick verspüren werden.

Die wenigen von uns genannten Beispiele über die im Entwurf zum MAI vorgesehenen zahlreichen Regelungen machen recht deutlich, wie das „globale Dorf“ Erde in Zukunft aussehen kann: Eine Welt mit uneingeschränkter Macht von Konzernen und sonstigen finanzkräftigen Interessengruppen bei gleichzeitiger Aushebelung sozialer Errungenschaften, Entmündigung und Erpressung demokratischer Institutionen, bis hin zur Knebelung der Parlamente, Einsatz von Polizei- und Armeegewalt bei sozialen Auseinandersetzungen. Es spielt keine Rolle, ob das MAI in diesem oder im nächsten Jahr, im vorliegenden Entwurf oder in einer modifizierten Fassung verabschiedet wird. Viele der im MAI vorgesehene Regelungen sind ohnehin schon in neueren Abkommen zwischen den USA und der EU enthalten. Inzwischen steht z. B. das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) im Mittelpunkt des Interesses, mit dessen Hilfe der Privatisierung des Energiesektors, der Wasserversorgung und der Bildung der Weg geebnet werden soll. Was zählt ist die Tatsache, dass derlei Entwürfe überhaupt verhandelt werden. Denn sie machen eine Sicht auf die Welt deutlich, die nicht die Interessen der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten vertreten will, sondern die Interessen einer verschwindend geringen Minderheit. dass Regierungen und Parlamente mit dem Beitritt zu solchen Abkommen ihre eigene Demontage vorantreiben, ist nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn begriffen wird, dass die Funktion eines kapitalistisch organisierten Staates war und ist, günstigste Investitionsbedingungen zu schaffen. Wie sollten auch die Interessen von Konzernen wie Microsoft oder Daimler-Chrysler ignoriert werden können, wenn deren wirtschaftliche Stärke das Haushaltsvolumen etlicher Staaten übersteigt?

In den letzten Jahrzehnten waren es überwiegend die wirtschaftlich wenig entwickelten Länder des Südens und des Ostens, die gezielt durch Institutionen wie IWF und Weltbank in Abhängigkeit gehalten und wie Zitronen ausgepresst wurden. Inzwischen sind auch die Hochlohngebiete in den westlichen Industrienationen das Ziel, denn alles, was an Löhnen, Lohnnebenkosten, Umweltabgaben und weiteren Kosten zurückgehalten wird, erhöht die Gewinnspannen. Die hier beschriebenen Tendenzen eröffnen eine ganze Reihe von Zukunftsperspektiven, die einem nicht gerade einen wohligen Schauer der Vorfreude über den Rücken laufen lassen.

# NEUE TECHNOLOGIEN: SCHLÜSSEL ZUR MACHT!

Unserer Meinung nach befinden wir uns am Anfang einer technologischen Entwicklung, die selbst die ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen, die die Erfindung der Dampfmaschine ausgelöst hat, bei weitem in den Schatten stellen wird. Eine zentrale Frage wird daher in Zukunft sein, wie und zu welchem Zweck die neuen Technologien eingesetzt werden. Denn die neuen Technologien bieten auch Möglichkeiten, die positiv im Interesse der gesamten Menschheit angewendet werden können, wenn nicht allein das Profitstreben die treibende gesellschaftliche Kraft darstellt.

Durch den stetigen Fortschritt der Technologie können immer weniger Menschen immer mehr Waren produzieren. Bei dieser Entwicklung stehen wir aber immer noch am Anfang. Als Zukunftstechnologien werden die Computertechnologie und die damit verbundene Telekommunikation, Kernfusion, Gen- und Nanotechnologie gehandelt. Allesamt Technologien, die den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft weiterhin beträchtlich reduzieren werden.

## **Computer- und Informationstechnologie**

Die Computertechnologie wurde in den vergangenen Jahren mit rasanter Geschwindigkeit weiterentwickelt: Etwa alle achtzehn Monate verdoppelt sich die Rechengeschwindigkeit von Computerprozessoren (Moore'sches Gesetz), die Speicherkapazität wuchs zwischen 1956 und 1996 um das 650.000fache. Bedenkt man, dass die ersten Computersysteme Ende der fünfziger Jahre Millionen verschlangen und ganze Häuser füllten, dennoch nicht mehr leisteten als ein heutiger Billig-Taschenrechner, wird deutlich, wie schnell sich diese Technologie entwickelt hat. In naher Zukunft werden „intelligente“ Computersysteme großen Raum im Alltag der Menschen in den Industrienationen einnehmen. Sogenannte „Netzcomputer“ werden die herkömmlichen PCs nach und nach ersetzen. Einfachst bedienbare und billige Computer für jeden – mit weltweiter Anbindung über Internet – von Software bis zu Spielfilmen (Pay per View), Musik und virtuellem Sex kann hier alles bezogen werden. Netzcomputer werden multimediale Funktionen übernehmen, als Stereoanlage, Computer, Telefonzentrale, Videorecorder und als Fernseher gleichzeitig fungieren. Für die breite Masse über individuell angepaßte Werbeeinblendungen finanziert, für zahlungskraftigere Schichten als Abonnementsangebote, wie heute

bereits Premiere oder andere Pay-TV-Sender. Solche Computer werden aber nicht nur zur Unterhaltung dienen, sondern ganze Bereiche des Haushalts steuern. Microsoft hat dies erkannt und mit seinem neuen Betriebssystem Windows CE den Grundstein für den Ausbau seiner Monopolstellung gelegt. Der wirtschaftlichen und politischen Macht Microsofts werden wir es zu „verdanken“ haben, dass Kühlschränke, Heizungsanlagen und elektrische Haushaltsgeräte über Windows CE und Internet gesteuert werden. Kein Witz: Erste Mikrowellenherde, mit denen auch im Internet gesurft werden kann oder Kühlschränke, die sich melden, wenn die Vorräte ausgehen und die selbsttätig Bestellungen von neuen Waren aufgeben, bereiten schon heute einen kleinen Vorgeschmack auf die zahlreichen unverzichtbaren elektronischen „Leckerbissen“. Was einerseits praktisch klingt (von der Arbeit oder einer Telefonzelle mit Internet-Terminal schon mal die Heizung einschalten oder die Pizza im Ofen warm machen), hat andererseits einen Pferdefuß. Durch die versteckte Hintertür holt man sich bei allen Aktivitäten Orwells „Großen Bruder“ ins Haus: jede über Netzcomputer durchgeführte Tätigkeit, ob es sich um das Abspielen von Filmen, das Einschalten der Heizung oder Lebensmittelbestellungen über das Internet handelt, können aufgezeichnet werden und ermöglichen die Erstellung eines umfassenden Persönlichkeitsprofils. Der „Gläserne Mensch“ ist technische Realität.

Im „besten Fall“ werden die gewonnenen Informationen nur dazu verwendet, eine genau auf die Persönlichkeit zugeschnittene Werbung zu vermitteln. Internet-Suchmaschinen wie Lycos, Yahoo oder Altavista tun das bereits heute. Wer dort beispielsweise nach einer bestimmten Automarke sucht, wird bei folgenden Zugriffen auf die Suchmaschine garantiert Werbebanner von Automobilherstellern zu sehen bekommen. Aber natürlich werden sich auch Polizei und Geheimdienste ihrer neuen Möglichkeiten erfreuen, die Wünsche und Gepflogenheiten „ihrer“ Bürger genauer kennenzulernen. Westliche Geheimdienste, allen voran die amerikanische NSA und der CIA, überwachen über das ECHELON-System den gesamten E-Mail-Verkehr und durchleuchten ihn auf bestimmte Schlüsselwörter. Bei den heutigen Rechnerleistungen stellt dies kein Problem dar, ebensowenig wie eine umfassende Telefonüberwachung. Durch neue europäische Bestimmungen und technische Normen, die weitgehend unter Ausschluss der Öffent-

lichkeit verabschiedet wurden, sind inzwischen die Telekommunikationsanbieter verpflichtet, Schnittstellen für die Überwachung sämtlicher Telekommunikationsmöglichkeiten (also neben Telefonaten auch Fax und E-Mail) für europäische Polizei- und Geheimdienstbehörden zur Verfügung zu stellen und diesen den Datenzugriff in Echtzeit (also unmittelbar) zu ermöglichen.

Schon Anfang der neunziger Jahre wurde bekannt, dass sämtliche Auslandsgespräche aus Berlin vom Bundesnachrichtendienst BND auf Schlüsselbegriffe abgehört wurden. Während damals beim Wort „Anschlag“ wohl schon sämtliche Lämpchen hektisch flackerten, obwohl im Telefonat vielleicht nur ein Zettel am Schwarzen Brett gemeint war, ist die Auswertungssoftware mittlerweile so weit entwickelt, dass ihre Fehlerquote stetig sinkt. „Intelligente“ Softwareentwicklungen sind in der Lage, gesprochene Zusammenhänge (bedingt) zu „verstehen“ und mit früheren Telefonaten zu kombinieren. „Verdächtige“, von der Norm abweichende Personen können so kategorisiert und, je nach vermeintlicher „Gefährlichkeit“, weiter überwacht werden. Ihre Bewegung in öffentlichen Verkehrsmitteln durch eine Pay-Card, die die herkömmlichen Fahrscheine ersetzen wird und mit deren Hilfe Fahrzeit und -richtung erfaßt werden. Bewegungen mit dem Auto über maschinenlesbare Euro-Nummernschilder und Kamerasystemen an Autobahnbrücken oder über Peilsender und Satellitenortung. Bei Bewegungen zu Fuß durch Lokalisierung des Handys im Mobilfunknetz und durch Kameras auf öffentlichen Plätzen, die Gesichtsmerkmale erfassen können. Bereits heute existieren computergestützte Kamerasysteme, die Menschen aufgrund unveränderlicher Merkmale wie Augenabstand, Stirnhöhe oder Nasenlänge aus Gruppen heraus identifizieren können, wenn entsprechende digitalisierte Vergleichsmuster, wie z. B. vom deutschen Innenministerium gefordert in Form von Hologrammen auf Personalausweisen, vorliegen. Eine automatisch abgesetzte Nachricht an die nächstgelegene Funkstreife, die auf ihrem mobilen Drucker ein Farbbild der „Zielperson“ ausgedruckt bekommt, könnte ein Teil einer solcher Überwachungsmaßnahmen sein. Die Akte mit Persönlichkeitsprofil und sämtlichen Bewegungen der Person mit Verknüpfung zu bestimmten, auffälligen Ereignissen in der Nähe des Aufenthaltsortes, ist umgehend verfügbar.



### **Gentechnik / Biotechnologie**

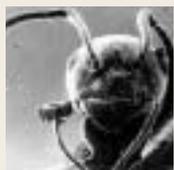
Ebenso wie die Computer- und Telekommunikationstechnik weisen die Gen- und Reproduktionstechnologien vielfältige Möglichkeiten, aber auch

Gefahren auf. Dabei geht es nicht darum, solche Technologien pauschal zu verdammen, sondern eine Diskussion darum zu führen, welche gesellschaftlichen Umstände eigentlich zu einer Gefährdung führen. Nicht Technologie und Wissenschaft an sich sind gefährlich oder harmlos, sondern die Interessen, die hinter ihrer Nutzung stehen. Die Möglichkeit, widerstandskräftige Nutzpflanzen zu produzieren, die zum Beispiel auf Wüstenböden gedeihen können, ist an sich grandios. Ins Gegenteil verkehrt wird dies allerdings, wenn Agrarkonzerne gentechnisch verändertes Saatgut produzieren, das sich nur noch mit Hilfe der von ihnen hergestellten speziellen Dünge- und Pflanzenschutzmittel entwickeln kann. Dadurch werden neue Abhängigkeiten geschaffen und die herkömmliche landwirtschaftliche Produktion zunehmend verdrängt, mit fatalen Folgen für Kleinbauern und Agrarkooperativen, die überwiegend für den lokalen Bereich produzieren. Die Aktienkurse von Konzernen wie Monsanto dürften dagegen noch besser gedeihen, als die von ihnen geschaffenen Pflanzen. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, mit starkem Einfluss der Konzerne auf wissenschaftliche Forschung und Entwicklung, ist davon auszugehen, dass alle profitablen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ohne Rücksicht auf Moral und Ethik. Aktuelle Beispiele wie die Klonung von Lebewesen (die Herstellung einer vollkommen identischen Kopie aus einer einzigen Körperzelle, wie beim Schaf „Dolly“) belegen, wie weit diese Technologien bereits entwickelt sind. Es wird nur eine Frage der Zeit (und der Geheimhaltung) sein, bis bekannt wird, dass es auch menschliche Klone gibt. Derzeit arbeitet das isländische Privatunternehmen „Decode Genetics“ an einer umfassenden genetischen Kartierung der isländischen Bevölkerung<sup>5</sup>. Die geringe Einwohnerzahl und relativ homogene Bevölkerungsstruktur des Inselstaates eignet sich offenbar hervorragend für den Zweck, bestimmten Genen Eigenschaften zuzuordnen zu wollen. Wie der ARD-Weltspiegel berichtete, hat auch Estland inzwischen beschlossen, zwei Drittel seiner Bevölkerung genetisch untersuchen zu lassen und die gewonnenen Daten an Pharmakonzerne zu verkaufen.

Hier ein Gen für die Haarfarbe, dort eins für Gewicht und Körperstatur, eins für bestimmte Krankheiten..., die Möglichkeiten sind vielfältig, sowohl was die Gewinnspannen bei Vermarktung dieser „Erkenntnisse“ an Pharmakonzerne anbelangt, als auch die propagandistischen Möglichkeiten. Wie lange wird es dauern, bis genetische Prä-Natal-Diagnosen (vorgeburtliche Untersuchungen) angeboten werden, mit Aussagen zum Aussehen, späteren Neigungen, Eigenschaften und möglichen Krankheitsbil-

dern? Wie lange, bis es gezielte Veränderungen an der Genstruktur von Embryonen geben wird, um „unerwünschte“ Eigenschaften auszuschalten? Unabhängig davon, ob es tatsächlich jemals gelingen wird, menschlichen Gene halbwegs zutreffende körperliche Eigenschaften zuzuordnen, feiert mit der Propagierung der Gen- und Reproduktionstechnologien der Biologismus ein Wiederaufleben in Wissenschaft und Politik. Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen ein Mensch aufwächst, sollen für seine Entwicklung ausschlaggebend sein, sondern sein Erbmaterial. Nach dieser Ideologie stehen die späteren Akademiker, Politiker, Hilfsarbeiter oder „Überflüssigen“ eigentlich schon vom Tag ihrer Geburt an fest. Francis Fukuyama bringt dies zum Ausdruck: „Dort, wo der soziale Ingenieur gescheitert ist könnte der genetische Ingenieur die Sache ins Reine bringen.“ Und der „Philosoph“ Sloterdijk schlägt ebenfalls in diese Kerbe: „Wir müssen die Philosophen und die besten Molekularbiologen zusammenführen, um eine gezielte genetische Beeinflussung auszuüben, in der das soziale Verhalten der Menschen genetisch konstruiert wird<sup>6</sup>.“

Die Unterteilung des Menschen nach seiner Nutzbarkeit in Alphas, Betas, Gammas; wie in Aldous Huxleys Roman „Schöne Neue Welt“. Science Fiction? Gen- und Computertechnologie ergänzen sich im Bereich überwachungsstaatlicher Maßnahmen hervorragend. Zentrale Gen-Datenbanken beim Bundeskriminalamt, wie sie im Zuge der Diskussion um Sexualverbrechen bewusst vorangetrieben wurden, verknüpft mit Persönlichkeitsprofilen, Bewegungsbildern, Schrift- und Stimmanalysen lassen keine menschliche Eigenschaft mehr unberührt. Die Vorstellung vom „Gläsernen Menschen“, dessen vergangenes und gegenwärtiges Verhalten beobachtet werden kann, ist im Prinzip längst überholt. Mehr als zwanzig Jahre nach der „Vision“ des damaligen BKA-Chefs Horst Herold von der Nutzbarkeit der EDV zur präventiven (vorausgreifenden) Bekämpfung zukünftiger Straftäter beginnt diese, zur gesellschaftlichen Realität zu werden.



### **Mikro- / Nanotechnologie**

Eine weitere neue Technologie, über die bisher nur wenig öffentlich bekannt wurde, ist die Nanotechnologie. Unter Nanotechnologie versteht man die gezielte Beeinflussung atomarer Strukturen. Dadurch ist es möglich, Werkstoffe, Materialien und Maschinen Stück für Stück aus Atomen und Molekülen zusammensetzen, so dass mikroskopisch kleine Einheiten entstehen. Obwohl diese Technik noch ganz am

Anfang steht, wurden bereits vielversprechende Erfolge erzielt. Die ersten Nanogetriebe wurden schon entwickelt, es existieren Zahnräder, Getriebe etc. von der Größe einiger Atome. Für die nächsten zwanzig Jahre rechnet der British Telecom Technology Calendar mit dem Einsatz der Nanotechnik in der industriellen Massenproduktion und im Gesundheitswesen. Voraussetzung dafür ist die Erschaffung von Nanorobotern, sogenannten Naniten, die in der Lage sein werden, sich selbst zu vervielfältigen. Naniten sind winzige, nur unter Elektronenmikroskopen sichtbare Maschinen, die für einen bestimmten Zweck programmiert sind. In einer ersten Phase ihres Programms werden die Naniten sich wie Bakterien entwickeln, d.h. unzählige Kopien ihrer Selbst anfertigen. In einer zweiten Phase beginnen sie dann mit ihrer eigentlichen Aufgabe, Atom für Atom zusammenzusetzen und damit Nahrung, Produkte etc. herzustellen. Was eigentlich unglaublich erscheint und eher nach Star-Trek klingt als nach seriöser Wissenschaft, zeitigt heute schon Erfolge. Nanotechnologie wird in den Forschungsetats deshalb entsprechend berücksichtigt und gefördert. Angewandte Forschung wird in der BRD unter anderem am Mainzer Institut für Mikrotechnik, am Forschungszentrum Karlsruhe und am Bochumer Lehrstuhl für Nanoelektronik betrieben. Die negativen Seiten der Nanotechnologie ähneln den bei der Gentechnik diskutierten Gefahren. Natürlich können Naniten nicht nur produktiv arbeiten, d.h. Atome zusammensetzen, sondern je nach verfolgtem Ziel, auch anderen Aufgaben nachgehen. Neben Gefahren wie unkontrollierter Vermehrung und fehlerhafter Programmierung reicht ihr Einsatzgebiet bis zu Waffensystemen. Ähnlich wie bakteriologische Waffen können Naniten mit kleinen Projektilen verschossen und zu dem Zweck eingesetzt werden, gegnerische Stellungen auseinanderzunehmen, Ernten zu vernichten oder menschliche Körper zu zersetzen.

Die beschriebenen technologischen Entwicklungen geben nur einen kleinen Ausschnitt dessen wider, was in den nächsten zehn bis dreißig Jahren technisch machbar sein wird. Unabhängig davon, ob einzelne Entwicklungen sich verzögern, andere beschleunigen oder gar noch völlig neue Technologien entwickelt werden, sind folgende Punkte festzuhalten: Sämtliche neuen Technologien sind im High-Tech-Bereich angesiedelt und erfordern nur wenige, dafür aber hochspezialisierte Arbeitskräfte. Die Technologie ist so komplex, dass ihre Wirkungsweise für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar sein wird, ähnlich wie es heute schon bei der Computertechnik zu beobachten ist. Mögliche Folgen sind kaum bekannt. Dadurch entstehen wie bei Atomkraft und Gentechnologie starke

Abhängigkeiten von tendenziösen „Experten“, deren Meinung kaum in Frage gestellt werden kann. Jeder kann sich selbst ausrechnen, welche Expertenmeinungen in den Massenmedien häufiger wiederzufinden sind: die eines millionenschweren Werbekunden wie z. B. die des Pharmakonzerns Bayer AG oder die von Greenpeace und Anti-Gentech-Initiativen? Eine gleichberechtigte Diskussion über Möglichkeiten und Gefahren ist auf dieser Grundlage nicht möglich und auch nicht erwünscht.

Die Technologien eignen sich hervorragend, den Bedarf an menschlicher Arbeit weiterhin stark zu reduzieren, zumindest im Bereich der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Die Mehrzahl der (bezahlten) Arbeitsplätze wird im Dienstleistungssektor angesiedelt sein, jedoch auch hier mit sinkender Tendenz. Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand werden zukünftig durch private Langfinger ersetzt, da diese dem Konkurrenzdruck besser gewachsen sein werden. Abkommen wie das MAI oder Vereinbarungen zum europäischen Binnenmarkt (Amsterdamer und Maastrichter Verträge) werden die Privatisierung ehemals öffentlicher Sektoren weiter vorantreiben. Als Tendenz gilt mittelfristig eine Gesellschaftsordnung als sicher, die bedeutende Teile der Bevölkerung „überflüssig“ machen wird. Diese „unnötigen Esser“ verursachen „unnötige Kosten“ und stellen darüber hinaus potentielle Unruheherde dar. Auch hier wird es eine Frage der „Wirtschaftlichkeit“ sein, wie mit diesen menschlichen „Störfaktoren“ umgegangen wird.

Macht man sich die Forderung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften nach „Arbeit, Arbeit, Arbeit!“ zu eigen, so muss einem auch bewusst sein, dass eine Stabilisierung oder gar Erhöhung der Beschäftigtenzahlen im Rahmen des bestehenden Systems unter den bereits geschilderten Randbedingungen nur möglich ist, wenn keine zusätzlichen Kosten entstehen oder sogar Kosten eingespart werden können (aktuelles Beispiel: Zeitarbeit auf der EXPO 2000 in Hannover, ohne Tarifverträge, bei Stundenlöhnen von teilweise 4,98 DM). Die von vielen Politikern geforderte „Eigenverantwortlichkeit der Bürger“ und „gesellschaftliche Solidarität“ zielt genau darauf ab: gute medizinische und soziale Versorgung für diejenigen, die sich die hohen Beiträge privater Versicherungen leisten können („Eigenverantwortlichkeit“), für alle anderen eine Notversorgung, getragen durch den „freiwilligen“ Arbeitseinsatz von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern, die dafür eine „Aufwandsentschädigung“ erhalten. Vor allem in Ostdeutschland werden schon seit einigen Jahren Menschen zu solchen „gemeinnüt-

zigen Arbeiten“ (meistens in Grünanlagen) verpflichtet, bei Stundenlöhnen in Höhe von zwei bis drei Mark. Wer sich nicht dazu zwingen lassen will, dem droht eine Kürzung der Arbeitslosen- oder Sozialhilfe. Soviel also zur „Freiwilligkeit“ dieser Arbeiten. Als Beispiel dafür, dass es heute möglich ist, tausende neuer Arbeitsplätze zu schaffen, wird häufig das sogenannte „Jobwunder“ in den USA herangezogen. In der Tat wurden in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten hunderttausende von Stellen geschaffen – die meisten von ihnen Niedriglohnjobs im Dienstleistungssektor, wie Tütenpacken im Supermarkt oder die Einweisung von Autos auf Parkplätzen. Diese Jobs sind von der Art der Tätigkeit in etwa so überflüssig wie die Leute, die sie sich ausgedacht haben. Von gesellschaftlich sinnvoller oder gar notwendiger Arbeit kann wohl keine Rede sein. Darauf kommt es den Managern des „Jobwunders“ aber auch gar nicht an. Nicht umsonst wird Arbeit auch oft mit dem Wort „Beschäftigung“ gleichgesetzt. Wer täglich acht Stunden Tüten packt und abends noch sechs Stunden Taxifahren muss, um finanziell über die Runden zu kommen, wird sicherlich kaum noch Zeit und Kraft aufbringen, sich mit seiner Situation und der anderer Menschen zu beschäftigen.

### **Wer bestimmt die Wirklichkeit?**

Den bei dieser Art der Beschäftigung verlorengegangenen „Sinn des Lebens“ helfen die neuen Techniken der Unterhaltungselektronik neu zu entdecken. Es sind keine Einzelfälle, wenn Serienbegeisterte ihre TV-Helden aus „Lindenstrasse“ oder „Schwarzwaldklinik“ um Rat fragen, weil sich bereits heute ihre Realität im Medium Fernsehen oder im Internet fortsetzt. Dabei hängt die Glaubwürdigkeit der angebotenen „Realität“ offenbar stark vom Medium ab, mit dem diese vermittelt wird. Während bei den Printmedien Unterschiede in der inhaltlichen und politischen Ausrichtung noch klar erkennbar sind, werden zum Beispiel Nachrichtensendungen im Fernsehen von großen Teilen der Bevölkerung als „seriös“, „objektiv“ und „politisch neutral“ betrachtet. Offenbar hängt die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einer Nachricht nicht nur davon ab, was berichtet wird, sondern auch wie. Die vermeintliche „Objektivität“ der übermittelten Botschaft ist auch für die neuen Medien anzunehmen, die künftig über Netzcomputer für die Menschen in den hochentwickelten Industrienationen bereitgestellt werden. Der British Telecom Technology Calendar rechnet für das Jahr 2012 mit der Einführung des holographischen (dreidimensionalen) Fernsehens. Bereits einige Jahre vorher wird es virtuelle Realitäten im Internet geben – künstliche Landschaften, Räume und Persönlichkeiten, deren „Echtheit“

nur noch eine Frage der Rechnerleistung sein wird. Virtuelle Schauspieler oder Musiker werden die ersten Boten dieser „parallelen Realität“ sein. Die psychologischen Auswirkungen und manipulativen Eigenschaften dieser neuen Medien sollten nicht unterschätzt werden, wenn zukünftig die gesellschaftliche Realität kaum noch von einer im Computer generierten Realität zu unterscheiden sein wird. Künftig können aktuelle gesellschaftliche (oder historische!) Ereignisse „hautnah“ miterlebt werden. Eine Teilnahme an Prinzessin Dianas Beerdigung, an einer Papst-Prozession im Vatikan oder „persönlich“ an der Front beim Kriegseinsatz am persischen Golf, Auge in Auge mit Saddam Hussein oder Osama bin Laden? Kein Problem! Holographische Kameras und entsprechende Computersysteme werden schon für eine Atmosphäre sorgen, in die der Konsument „realistisch“ eintauchen kann. Was an den angebotenen Darstellungen real ist oder was im Computer als Realität empfunden wird, bleibt der Arbeit der Macher überlassen. Die Medien- und Telekommunikationskonzerne besitzen dann die Definitionsmacht über Vergangenheit und Gegenwart – und damit die Voraussetzung, das Denken und Handeln der Zukunft zu beherrschen.



Bald auch für deutsche Wohnzimmer: Virtual Reality – Kapitalismus zum Fühlen.

## gLOBALE perspektive: UNTERWERFUNG UND KRIEG!

Viele Menschen in den westlichen Industrienationen, auch die Ärmeren unter ihnen, werden sich die neue Generation der Unterhaltungselektronik leisten können. Das ist gewollt. Denn es ist davon auszugehen, dass diese Medien einen zentralen Bestandteil der Propaganda- und Befriedungsmechanismen darstellen werden. Allen anderen im „globalen Dorf“, die sich entweder nicht ruhig stellen lassen wollen oder die von vornherein als „überflüssig“, und „nicht verwertbar“ eingestuft werden, droht ein anderes Schicksal: „Von den Straßen in Washington bis hin zu den Gassen in Algier, überall bröckelt das staatliche Gewaltmonopol“, so das US-Marines Corps in einem Strategiepapier über die Gefahren der Zukunft. Die US-Marines rechnen schon bald mit einem Einsatz im „Chaos der Küstengebiete“, wo achtzig Prozent aller Großstädte der Erde liegen<sup>7</sup>. Weltweit drohe der Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, „ein Krieg aller gegen alle“ in den Straßen und Häuserschluchten der Millionenstädte, und damit ein ganz anderer Krieg als der, der mit Marschflugkörpern geführt werden könnte. Der Krieg der Zukunft werde ein ganz anderer sein als der, den sich die High-Tech-Strategen erträumen, meint Martin van Creveld, israelischer Militärhistoriker von der Hebrew University in Jerusalem: „Ein Krieg der Abhörgeräte und Autobomben, langwierig, blutig und grauenvoll<sup>7</sup>“. Wesley Clark, verantwortlicher US-General für den Angriff mehrerer NATO-Staaten auf Jugoslawien bestätigt dies in einem Spiegel-Interview auf die Frage, ob die Gegner in künftigen humanitären Interventionen nicht eher Steine, Macheten und Kalaschnikows tragen würden und wie darauf zu reagieren sei: „Auf dieses Szenario müssen wir uns noch viel besser vorbereiten, als das bislang geschehen ist.(...). Sie glauben gar nicht, wie effektiv ein Wasserwerfer sein kann, um einen wütenden Mob auseinander zu treiben. Der gehört genauso zur Ausrüstung vieler NATO-Streitkräfte wie Abhörgeräte für Funkanlagen, mit denen sie den Anführer einer solchen Menge ausfindig machen können<sup>8</sup>.“ „Überbevölkerungskrieger“ nennt der Sozialforscher Dießenbacher diesen neuen Feind, der kein Hauptquartier hat und keine Armeeführung kennt<sup>7</sup>. Seine Legitimation zur Kriegsführung, zu Raub und Plünderung, zieht der „Überbevölkerungskrieger“ aus der Tatsache, dass er nicht gebraucht wird und das Kapital zur Erhaltung seines Lebens keine Profiteinbußen in Kauf nehmen wird. Munition zur

Bekämpfung der „Über“-Bevölkerung ist eben kostengünstiger als Nahrungsmittel, Wohnungsbau und medizinische Versorgung. Dießenbacher fordert hilflos „Kondome statt Kalaschnikows“ und behauptet damit nur wenig „humanistischer“, dass es überflüssiges Leben gäbe, dass es zu verhüten gelte. Oder, wie es der ehemalige Weltbank-Chef (und für den Vietnam-Krieg mitverantwortliche frühere US-Außenminister) McNamara in Bezug auf Sterilisationsprogramme gegen Frauen ausdrückte: „Es ist leichter, den Guerillero im Uterus seiner Mutter zu töten als im Dschungel“. Überflüssige Menschenware? Für wen, gilt es doch hier zu fragen. Denn der Wunsch, Kinder zu bekommen, ist schließlich in gleichem Maße legitim für Frauen in den Industrienationen wie für Frauen in südlichen Kontinenten. Warum aber sollte ausgerechnet dieser intime menschliche Bereich von Kapitalinteressen verschont bleiben? Geht es hier doch schließlich um so zentrale Fragen wie die Anzahl der künftigen Produzenten und Konsumenten, die zur Aufrechterhaltung des Systems benötigt werden oder nicht. Die Gen- und Reproduktionstechnologien gehören genauso zu diesem Programm der globalen „Ressourcenplanung“ wie die (Zwangs)-Sterilisation von Frauen in Drittwelt-Ländern (1982 waren bereits vierzig Prozent der Frauen in Puerto Rico sterilisiert<sup>9</sup>) oder der Einsatz militärischer Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung und zur Einschüchterung der Armutsbevölkerung. Wenn es „in den Kolonien der Zukunft“ darum gehe, den „Abtransport der Bodenschätze“ in die reichen Länder zu überwachen, werde die Bundeswehr seit an seit mit den „Expeditionstreitkräften des Westens“ mit den „kleinen bösen Männern“ aufräumen müssen. Schließlich kann man „die Schmutzarbeit nicht immer den Partnerländern überlassen.“ Deutliche Worte! Zu finden in der Monatszeitschrift „Truppenpraxis“ des Bundesministeriums für Verteidigung<sup>10</sup>.

Dieter Stockfisch, Referatsleiter im Führungsstab der deutschen Marine, bezeichnet die „Neuverteilung der Weltrohstoffe (vor allem auf dem Meeresboden) zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern“ als einen der zentralen Problemkreise des 21. Jahrhunderts. Und weiter: „Seemacht bedeutet Weltmacht“. „Ging es in der Vergangenheit um die Inbesitznahme der Kontinente, so wird heute und zukünftig über die Aufteilung der Weltmeere entschieden<sup>11</sup>“. Stockfischs Äußerungen sind nicht aus der Luft gegriffen. In der Fernsehsendung „Monitor“ wurde während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien eine Karte des European Command (EUCOM) der US-Streitkräfte in Stuttgart veröffentlicht, die als Interessengebiete u. a. Weißrussland, die Ukraine und die Kaukasusrepubliken zeigt. Vor allem letztere scheinen für die Industrie der NATO-Mitgliedsstaaten interessant zu sein. Unter dem Boden des kaspischen Meeres lagern Ölreserven im Wert von mehreren hundert Milliarden Dollar. Die völkerrechtliche Frage, ob es sich beim kaspischen Meer tatsächlich um ein Meer – und damit um internationales Gewässer – oder eher um einen Binnensee handelt, ist nicht geklärt. Genügend Stoff für zukünftige Konflikte auf politischer und militärischer Ebene.

Das KSK, Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr, bei einer Übung für die „Verteidigung“ der BRD, z. B. in Ländern wie Afghanistan, Libyen, Syrien, Irak, Nordkorea, China, Russland und allen anderen „Mächten des Bösen“.



In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) der Bundeswehr wurden offen imperialistische Zielsetzungen bereits 1992 festgeschrieben. Richtlinien über die Aufgaben der Bundeswehr wie „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (VPR 8.8) zeigen unverhohlen, dass mit dem Ende der Systemauseinandersetzung zwischen „real“-sozialistischen Ländern einerseits und kapitalistischen Staaten andererseits, der „heiße“ Krieg als Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher und strategischer Interessen wieder zur politischen „Normalität“ geworden ist. „Qualität und Quantität der [militärischen] Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können“ (VPR 27) – manchmal reicht es zum Verständnis völlig aus, die Militärs mit ihrer direkten Art selbst zu Wort kommen zu lassen. Nicht nur der Golfkrieg 1991, sondern auch die Militäreinsätze der NATO gegen Jugoslawien, die amerikanischen Cruise-Missile-Angriffe auf Afghanistan und den Sudan 1998 sowie die Bomben auf den Irak durch britische und amerikanische Truppen belegen diese Entwicklung. Dienten anfangs noch Beschlüsse der UNO zur Legitimation „humanitärer“ Militäreinsätze, wurden die Vereinten Nationen bei den „humanitären“ Luftangriffen auf den Irak im Dezember 1998 und bei den Angriffen gegen Jugoslawien am 24. März 1999 völlig umgangen, ja sogar brüskiert. „Das ist eine neue Weltordnung, die heute Nacht in die Welt gebombt worden ist“, ein „glatter Völkerrechtsbruch“, so der Friedens- und Konfliktforscher Ernst-Otto Czempiel. In keinem der genannten Fälle ging es um „Menschenrechte“, sondern stattdessen um die militärische Durchsetzung von Machtinteressen.

Wer sich den Herren der Welt nicht beugen möchte, wer nicht „freiwillig“ alle Auflagen und Anforderungen der dominierenden Wirtschaftsmächte erfüllt, an denen wird ein Exempel statuiert. Saddam Hussein, einst von den USA ebenso hoch geschätzt und gefördert wie Chiles Ex-Diktator General Pinochet wird nur deshalb zur Zielscheibe, weil er es gewagt hatte, die Anordnungen seiner Ziehväter nicht zu befolgen und gegen die strategischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten zu handeln. Der demokratisch legitimierte Präsident Jugoslawiens Milosevic wird zu einem neuen Hitler stilisiert („Es war ein wirklicher Schock, dass Milosevic bereit war zu handeln wie Stalin und Hitler“, Außenminister Joseph Fischer, 12. April 1999), weil er nicht akzeptierte, die Souveränitätsrechte Jugoslawiens kampflos an die NATO abzutreten und einer „stillen“ Besetzung ganz Jugoslawiens

## WIE INSZENIERT MAN EINEN KRIEG?



Kriegsplan 1002 der US-Streitkräfte sah vor, dass „jeder Bedrohung des amerikanischen Zugangs zum Nahost-Öl (...) mit militärischen Mitteln begegnet werden“ sollte. Dieser Plan, bereits aus der frühen Reagan-Ära, wurde 1989 neu umrissen und zum Kriegsplan 1002-90 des US-Oberkommandos CENTKOM, zu deren Oberbefehlshaber 1987 General Norman Schwarzkopf ernannt wurde. Unter dem Oberbefehl von Schwarzkopf begann man, Kriegsszenarien gegen den Irak zu entwerfen und spielte 1990 mindestens vier davon in Computersimulationen durch. Bei einigen ging man von der irakischen Invasion Kuwaits aus. Gleichzeitig schloss das Zentrum für strategische und internationale Studien (CSIS) im Mai 1990 eine zweijährige Studie ab. Die Untersuchungen des Washingtoner Think-Tanks prognostizierten des Ausgang eines Krieges zwischen dem Irak und den USA und nahmen ebenfalls eine Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen als Ausgangspunkt. Nach Einschätzungen von Militärexperten zeigte jedoch der Irak, wirtschaftlich stark geschwächt durch den achtjährigen Krieg gegen den Iran, keinerlei Absicht, neue militärische Abenteuer einzugehen. Das bezeugen auch die Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für strategische Studien der US-Kriegsakademie, die Anfang 1990 vorgelegt wurde: „Es steht nicht zu erwarten, dass Bagdad irgend jemanden zu einer militärischen Konfrontation provozieren wird. Seinen Interessen ist zur Zeit und in nächster Zukunft mit dem Frieden am meisten gedient. (...) Die Einkünfte aus Ölverkäufen könnten ihm ökonomisch gesehen zu einem Platz in den vordersten Reihen der Staaten verhelfen. Die Stabilität im Nahen Osten ist dem Verkauf von Öl nur förderlich; Störungen wirken sich langfristig auf den Ölmarkt und damit für den Irak aus (...). Gewalt ist nur wahrscheinlich, wenn sich die Irakis ernstlich bedroht fühlen. (...) Nach unserer Überzeugung ist der Irak grundsätzlich einer nicht-aggressiven Strategie verpflichtet.“ Die Herausforderung für das Pentagon bestand somit darin herauszufinden, was den Irak dazu bringen könnte, Schritte zu tun, die eine US-Intervention rechtfertigen würden. Ein im November 1989 zwischen den Spitzen des amerikanischen und des kuwaitischen Geheimdienstes geführtes Gespräch dokumentiert die geplante Strategie. Verhüllt in diplomatische Formeln teilte der kuwaitische Generaldirektor der Abteilung für Nationale Sicherheit seinem Innenminister die Ergebnisse des Treffens mit CIA-Chef William Webster mit: „Wir sind mit der amerikanischen Seite übereingekommen, dass es wichtig wäre, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Irak auszunutzen, um die Regierung dieses Landes zu veranlassen, unsere gemeinsame Grenze festzulegen. Der CIA hat uns die Druckmittel dargelegt, die sie für angemessen hält, und hat präzisiert, dass eine breite Zusammenarbeit zwischen uns eingeführt werden müßte, unter der Bedingung, dass die Aktivitäten auf hoher Ebene koordiniert würden (...)“. Das Scheich-

tum Kuwait hatte schon am 8. August 1988, einen Tag nach dem Friedensschluss zwischen Iran und Irak, mit der eigenmächtigen und widerrechtlichen Erhöhung seiner Ölförderung einen Wirtschaftskrieg gegen den Irak entfacht. Die kuwaitischen Maßnahmen, die OPEC-Beschlüsse verletzten, ließen die Ölpreise drastisch fallen und stürzten die Wirtschaften ärmerer ölproduzierender Länder, darunter die des Irak, ins Chaos. Diese Politik behielt Kuwait auch in den Jahren 1989 und 1990 bei. Neben einer erneuten Steigerung der Ölförderung gegen die ausdrücklichen Beschlüsse der OPEC verfolgte sie die Absicht, die Ölfelder von Rumailah an der strittigen irakisch-kuwaitischen Grenze mit Hilfe von US-Schrägbohr-Technologie stärker auszubeuten. In der Eskalation dieses Konflikts, die im Juli 1990 zur Verlegung irakischer Truppen an die kuwaitische Grenze führte, verhielten sich die USA widersprüchlich und gaben dem Irak die falschen Signale, zuletzt am 25. Juli, als die Bagdader US-Botschafterin April Glaspie dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein die Position des Weißen Hauses mitteilte: „Mir liegt daran, Ihnen nicht nur zu sagen, dass der Präsident die besten und weitestgehenden Beziehungen zum Irak wünscht, er möchte auch, dass der Irak zum Frieden und zum Wohlstand des Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann, er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären (...). Ich bewundere Ihre außerordentlichen Anstrengungen, das Land aufzubauen. Ich weiß, dass Sie dafür Kapital brauchen. Wir verstehen das und sind der Meinung, dass Sie die Möglichkeit haben müssen, das Land wieder aufzubauen. Aber wir wollen zu den innerarabischen Konflikten keine Positionen beziehen, beispielsweise zu Ihrem Konflikt mit Kuwait. (...) Wir hoffen, dass Sie Ihr Problem durch alle notwendigen Maßnahmen lösen.“ Am 2. August 1990, eine Woche nach der Unterredung mit Botschafterin Glaspie, marschierten irakische Truppen in Kuwait ein. Zu diesem Zeitpunkt war der folgende Truppenaufmarsch der USA und ihrer Verbündeten am persischen Golf längst beschlossene Sache. Zunächst musste jedoch der Krieg an einer anderen Front eröffnet werden – die der öffentlichen Meinung. Die fünf Monate bis zum 17. Januar 1991, dem Beginn der Luftangriffe auf den Irak, standen ganz im Zeichen der medialen Mobilisierung und des Einschliessens der Öffentlichkeit gegen den Irak. Zu diesem Zweck wurde Saddam Hussein als neuer „Hitler“, als das Böse schlechthin dargestellt, das autoritäre Scheichtum Kuwait zum Hort der Freiheit und Demokratie im Nahen Osten deklariert und in seiner Rolle der Tschechoslowakei nach dem Einmarsch Hitlers gleichgesetzt. Am 10. August 1990, also gerade eine Woche nach der Invasion, engagierten die „Bürger für ein freies Kuwait“, eine aus kuwaitischen Regierungsgeldern gespeiste Pressure-Group in den USA, die PR-Agentur Hill & Knowlton, die enge Kontakte zur US-Regierung pflegt. Die Kampagne für Kuwait sollte eine der umfangreichsten werden, die je eine Public Relations-Firma für einen ausländischen Kunden in den USA unternommen hat. 119 Hill & Knowlton Mitarbeiter begannen, die Medien mit Pressemappen zu versorgen, organisierten nationale Gebettage für Kuwait, verteilten zigtausende von T-Shirts und Autoaufklebern mit dem Aufdruck „Freies Kuwait“ und vermittelten ungezählte Treffen zwischen Redakteuren und kuwaitischen Persönlichkeiten oder „Widerstandskämpfern“. Dr. Hassan Al Ibrahim, ehemaliger kuwaitischer Erziehungsminister und Vorsitzender der „Bürger für ein freies Kuwait“ beschrieb sein Land folgendermaßen: „Die Geschichte Kuwaits verzeichnet in den letzten zweihundertfünfzig Jahren keinen einzigen Fall von Gewaltanwendung. Im Unterschied zu allen anderen Ländern der arabischen Halbinsel ist in unserer Geschichte kein Blut geflossen (...) Wir sind mit ganzem

Herzen der Demokratie und der Verfassung ergeben.“ Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus, als diese PR-Kampagne erwarten ließ. Kuwait ist ein Scheichtum mit feudalen Strukturen, beherrscht von einer Familie, Wahlrecht besteht nur für Männer über 21 Jahren, deren Familien seit 1920 im Land ansässig sind (13,5 % der Kuwaiter), es gibt Sklavenarbeit, Folter und Hinrichtungen von Oppositionellen. Eine Realität also, die sich nahtlos in das „Reich des Bösen“, das allein Saddam Hussein zugeteilt wurde, einordnen ließe, wären die Rollen von der Agentur Hill & Knowlton zuvor nicht schon anders verteilt wurden. Hill & Knowlton ließ erforschen, wie die Amerikaner auf die Kuwaitproblematik reagierten und was ihre Gemüter besonders bewegen könnte, und kam zu dem Ergebnis dass Verbrechen an Kindern und ähnliche Greuel taten ein Grund wären, militärisch zu intervenieren. Plötzlich tauchte eine Geschichte in den Medien auf, die diese Vorgaben nahezu ideal zu erfüllen schien – die „Brutkasten-Story“. Der Ursprung dieser Geschichte, wonach irakische Soldaten mehr als dreihundert Babys aus ihren Brutkästen nahmen und sie auf dem kühlen Krankenhausfußboden von Kuwait-Stadt sterben ließen, ist unklar. Sie erschien zum ersten Mal Anfang September 1990 in verschiedenen Zeitungen, erhielt aber offizielles Gewicht durch eine öffentliche Präsentation vor dem Arbeitskreis für Menschenrechte im amerikanischen Kongress am 10. Oktober 1990. Beweise konnten unter anderem die „Bürger für ein freies Kuwait“ – also Hill & Knowlton – sowie die fünfzehnjährige „Nayirah“, die als Augenzeugin des Geschehens in Erscheinung trat. In erschütternden Berichten beschrieb sie die Brutalität der Besatzer und Aggressoren: „Ich tat freiwilligen Dienst im Al-Addan-Hospital (...) Während ich dort saß, sah ich die irakischen Soldaten in das Krankenhaus kommen und in den Raum gehen, wo fünfzehn Babys in Brutkästen lagen. Sie nahmen die Babys aus den Brutkästen, nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Fussboden zurück, wo sie starben.“ Die irakischen Truppen haben bei ihrem Einmarsch in Kuwait mit Sicherheit Grausamkeiten begangen. Die „Brutkasten-Story“ konnte jedoch trotz intensiver Recherchen, u.a. von der Menschenrechtsgruppe Middle East Watch, nie bestätigt werden. Bei der unabhängigen Zeugin „Nayirah“ handelte es sich übrigens um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, aber als Zweifel an der Geschichte aufkamen, war die Wirkung bereits erzielt. Die Öffentlichkeit war reif für einen Krieg gegen den Irak und sich sicher, auf der richtigen, der „guten“ Seite zu stehen. Die mediale Offensive, die als erster Teil einer umfassenden Kriegsstrategie begriffen werden kann, rechtfertigte mehr als 100.000 getötete irakische Soldaten und Zivilisten als direkte Folge der Angriffe sowie mehr als eine Million Opfer bis zum heutigen Tage, darunter viele Kinder und Alte, als Folge des Wirtschaftsembargos gegen den Irak. Dies stand jedoch nicht mehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Medien widmeten sich neuen Aufgaben, neuen Kriegen, u.a. im ehemaligen Jugoslawien. Und auch die PR-Agenturen fanden neue Auftraggeber, u.a. die PR-Agenturen Ruder Finn und Waterman in Kroatien, Bosnien und im Kosovo. James Harff, Chef von Ruder Finn in einem Interview: „Unser Job ist es nicht, Informationen zu überprüfen. Wir sind dafür auch nicht ausgerüstet. Unsere Aufgabe ist es, (...) Informationen, die uns günstig erscheinen, schnell in Umlauf zu bringen und ein sorgsam ausgewähltes Ziel zu treffen“.

(Wesentliche Inhalte und Zitate in diesem Abschnitt wurden dem Buch „Kriegstromele“ der Journalistin Mira Beham entnommen).



(nicht nur des Kosovo!) durch fremde Truppen zuzustimmen, wie im Annex B des „Vertrags“ von Rambouillet vorgesehen war<sup>13</sup>. Länder, die sich dem „freien Zugang“ zu ihren „Rohstoffen und Märkten“ (übrigens ein Grundprinzip des MAI, siehe oben) verwehren, sollte ihr Schicksal also bereits heute bestens bekannt sein. Militärpolitische Richtlinien wie die neue NATO-Doktrin und „Investitionsschutzabkommen“ wie das MAI ergänzen sich nicht zufällig, sie sind zwei Seiten einer Medaille.

Eine weitere Eskalationsstufe begann mit der US-Operation „Enduring Freedom“, den Kriegseinsätzen im Zuge der Anschläge auf Pentagon und World-Trade-Center vom 11. September 2001. Unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ findet ein weltumspannender Truppenaufmarsch statt, gleichzeitig wurde das innenpolitische Repressionsinstrumentarium in den USA und Westeuropa stark ausgebaut. Die Ausrufung des NATO-Bündnisfalles, der umfassende Kriegseinsätze und in der Bundesrepublik ein innenpolitisches Szenario bis hin zum Ausnahmezustand unter Verwendung der Notstandsgesetze ermöglicht, zeigt den Ernst der Situation. Die militärische Option als vorrangiges Mittel zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen ist analog zur Phase des historischen Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts, der schließlich im 1. Weltkrieg mündete, zurückgekehrt.

Es soll hier nicht im Detail auf die Ereignisse um den 11. September eingegangen werden. An dieser Stelle sei nur erwähnt, dass Afghanistan eine wichtige Rolle beim Aufbau einer Erdgas-Pipeline von Turkmenistan bis Pakistan spielt und die Taliban-Regierung trotz vorheriger Zusagen an die californische Ölgesellschaft „United Oil of California“ (Unocal) nicht bereit war, die Trasse unter US-amerikanischer Kontrolle zuzulassen. Ein militärisches Engagement der USA in Afghanistan hätte auch ohne die Ereignisse des 11. September, deren Urhebererschaft nach wie vor ungeklärt ist, zweifelsohne stattgefunden, um eine den

westlichen Interessen freundlich gesonnene Regierung zu installieren. Mit dem neuen Regierungschef Hamid Karsai, der in den USA Jura studierte und laut der französischen Tageszeitung *Le Monde* als Berater Unocal's arbeitete, ist dies sicherlich gelungen<sup>14</sup>. Ein weiterer Coup gelang den USA mit der Zusage der kirgisischen Regierung für den Aufbau einer US-Luftwaffenbasis. Ende Dezember 2001 seien bereits 200 Soldaten in der kirgisischen Hauptstadt gelandet, KC-135 Tankflugzeuge sowie ein Geschwader F-15E-Kampfflugzeuge sollen für eine längerfristige Stationierung folgen, so die Zeitung *USA Today*. Mit der Errichtung einer Basis bei Bischkek, nur 300 km von der chinesischen Grenze und unweit der Ölfelder Usbekistans, wächst der militärische und politische Einfluss Washingtons in der Region, was sowohl Russland als auch China als Bedrohung ihrer eigenen Einflusssphäre werten dürften – zu recht. Durch die Stationierung US-amerikanischer Truppen in Zentralasien, mit Militärbasen in Afghanistan, Kirgisien und Usbekistan, geraten u. a. die kaspischen Erdölvorkommen, weitere strategische Rohstofflager sowie Transportrouten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zunehmend in den Zangengriff der NATO-Alliierten. Deren Präsenz reicht inzwischen über den Balkan, den mittleren Osten bis hin nach Zentralasien. Schließe man die Verlegung von US-Raketenabwehrsystemen nach Japan, Südkorea und Taiwan mit ein, so die Tageszeitung *Junge Welt* am 07.01.2002, ergebe sich das Bild einer militärischen Umzingelung Chinas. Untermauert wird das ganze durch die im März 2002 bekannt gewordene Veränderung der US-Militärdoktrin zum Einsatz von Atomwaffen, die die Produktion von taktischen Atomwaffen (sogenannte „Mini-Nukes“) für einen potentiellen Einsatz gegen 7 Staaten nennt: Iran, Irak, Syrien, Libyen, Nordkorea, Russland und China.

Kein Wunder, dass sich die Verbündeten, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, geradezu drängeln, ebenfalls militärische Präsenz zu zeigen – immerhin liegen in dieser Region die Rohstoffe und

Märkte für das neue Jahrhundert. Mit der Entsendung mehrerer tausend Bundeswehr-Soldaten, unter ihnen auch Spezialkräfte für verdeckte militärische Operationen, begann der massivste Truppeneinsatz der „Verteidigungsarmee“ Bundeswehr, die zukünftig – ganz im Sinne der Verteidigungspolitischen Richtlinien – die Interessen der Bundesrepublik in Afghanistan, Somalia und Irak „verteidigen“ wird. Da niemand ernsthaft glauben wird, dass die in Unterentwicklung gehaltenen Länder Afghanistan, Somalia oder Irak eine Bedrohung für die mehrere tausend Kilometer entfernte Bundesrepublik darstellen, ist es eben das diffuse und daher um so schreckeneinflößendere Gespenst des „internationalen Terrorismus“, das als Begründung erhalten muss. In Wirklichkeit dürfte es darum gehen, dass Deutschlands Führungselite auch wieder „einen Platz an der Sonne“ haben will wie weiland Kaiser Wilhelm vor dem 1. Weltkrieg. „Verteidigung deutscher Interessen“ also vor allem vor dem erneuten Zuspätkommen bei der Neuaufteilung der Welt, Verteidigung vor allem vor zu schnellen Griffen der USA nach den größten Tortenstücken. Unter dieser Perspektive betrachtet stellt sich die jetzige militärische Allianz als Zweckgemeinschaft dar, die schnell brüchig werden könnte. Die USA führen ihre bisherigen Militäroperationen weitgehend selbständig aus und ließen die NATO, trotz Ausrufung des Bündnisfalls, außen vor. Selbst von einer konkreten Anforderung der



Um die Bedeutung eines möglichen Wechsels der Weltleitwährung von Dollar zu Euro zu erfassen, muss man sich vergegenwärtigen, dass zur Zeit sämtliche internationalen Schuldendienste in der Leitwährung Dollar abgewickelt werden. Dies ist einer der Gründe dafür, dass die USA – trotz ihrer gigantischen Verschuldung – nicht zahlungsunfähig werden. Da sie selbst Hüter der Weltleitwährung sind, können sie in gewissem Umfang ihren Schuldendienst dadurch decken, dass sie mehr Dollar drucken. Unter allen verschuldeten Nationen ist also die, deren Währung als Leitwährung bestimmt wurde, im Schuldendienst bevorzugt. Ein Wechsel der Leitwährung hätte also durchaus dramatische Konsequenzen für die Wirtschaft der USA, weshalb Angebote von Staaten der Europäischen Union, die Auslandsschulden einiger lateinamerikanischer Staaten in EURO zu konvertieren, als Affront gegen die USA gewertet werden müssen.

von Deutschland entsandten Truppenkontingente wollte auf amerikanischer Seite später niemand etwas wissen. Gleichzeitig wird die Stärkung europäischer Militärstrukturen forciert, und in der Bundesrepublik mit Riesenschritten eine massive Aufrüstung vorangetrieben. Innerhalb von 14 Tagen wurden Ende 2001 zwei milliarden schwere Rüstungspakete verabschiedet, eines für den Bau von Marinekampfschiffen (Korvetten) und eines für den Bau von über 70 Militärtransportflugzeugen vom Typ Airbus, die den Transport von Truppen und Material über lange Strecken ermöglichen. Im März 2002 wurde auf europäischer Ebene die Installation eines Satellitensystems, bestehend aus 30 Satelliten beschlossen. Die Satelliten sind sowohl Voraussetzung für eine von den USA unabhängige Satellitenaufklärung als auch für die positionsgenaue Steuerung von Marschflugkörpern. Als Nebenprodukt können Fahrzeugnavigationssysteme (z. B. in PKW) angesteuert werden – womit man versucht, der Öffentlichkeit die Militär-Investitionen schmackhaft zu machen.

Der Ausbau der Bundeswehr zu einer international tätigen Interventionsarmee ist in vollem Gange, und mit dem wachsenden militärischem Engagement der europäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, wachsen Interessenskonflikte zwischen den jetzt noch verbündeten Industriestaaten. Auf wirtschaftlicher Ebene werden diese Konflikte bereits seit längerem ausgetragen und mit der Einführung des EURO, der eine direkte Kampfansage an die Weltleitwährung US-Dollar darstellt, werden sie sich weiter verschärfen.

„Einige kluge Amerikaner wussten schon lange, dass der EURO eine große Zukunft haben wird – deshalb waren sie nämlich gegen das neue Geld“, so Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt in der ZEIT. Und Wirtschaftsminister Müller sprach nach offizieller Einführung des EURO-Bargelds am 1. Januar 2002 unverhohlen davon, dass sich die Amerikaner warm anziehen und den EURO nicht unterschätzen sollten. Süffisant zählte er die Vorteile des europäischen Binnenmarkts gegenüber der US-Wirtschaft und ihrer Freihandelszone NAFTA auf, die langfristig nicht mit dem europäischen Großraum konkurrieren könne. Wäre Müller ein Militär, hätten einem diese Statements eiskalte Schauer bereitet. Die Rhetorik ist eine Seite, aber auch die objektiven Verhältnisse sprechen leider dafür, dass in den nächsten Jahren Blockkonfrontationen vorstellbar werden, an die noch in den achtziger Jahren niemand zu Denken gewagt hätte.

# teil 2: aufgabe zukunft

Hat kapitalistische Globalisierung mit ihrem neo-liberalen Wirtschaftsmodell Zukunft? Stellt sie überhaupt eine Zukunft in Aussicht? Nein: Sie bietet eine Perspektive – und die ist verheerend:

- ◉ Verschlechterung der sozialen Mindeststandards
- ◉ Ausbeutung von Natur und Ressourcen
- ◉ Verelendung und Proletarisierung ganzer Bevölkerungsschichten und Weltregionen
- ◉ Überwachungsstaat und Massenmanipulation
- ◉ Krieg im Inneren und Äußeren

Wie in Teil 1 beschrieben wurde, sind gesellschaftliche Entwicklungen keine Produkte des Zufalls, sondern des menschlichen Handelns, das bestimmten Interessen unterliegt. Diese Interessen der heutigen Entscheider sind nicht die der Mehrheit der Menschheit. Sie widersprechen ihnen sogar zutiefst, wenn es im Interesse aller Menschen ist:

- ◉ in Frieden und Freiheit selbstbestimmt zu leben
- ◉ über genügend Nahrung, Kleidung und Wohnraum zu verfügen
- ◉ medizinisch und sozial abgesichert zu sein
- ◉ sich an politischen Entscheidungen direkt beteiligen zu können
- ◉ an einer intakten Umwelt, kulturellen Gütern und Bildungseinrichtungen teilhaben zu können.

## **Bekommen, was wir verdienen: 9.510 Euro für alle?!**

Es ist heute sowohl theoretisch als auch praktisch möglich, bei vollem Lohnausgleich für alle die Arbeitszeit drastisch zu reduzieren, wenn der gesellschaftliche Reichtum zum Nutzen aller eingesetzt würde. Der Netto-Profit der sechzehn umsatzstärksten deutschen Konzerne betrug 1994 rund 41 Milliarden DM. Dies entspricht einer Steigerung des Profits um 28 Prozent gegenüber 1993, bei einem gleichzeitigen Abbau der Arbeitsplätze um 3,3 Prozent (2,2 Millionen Beschäftigte 1994). Bedenkt man, dass beim Netto-Profit bereits alle Materialkosten, Personalkosten, Abschreibungen etc. abgerechnet sind, weiß man, dass es deutschen Konzernen gut geht. Rechnet man den Netto-Profit auf die Anzahl der Beschäftigten um, so ergeben sich für 1994 pro Angestellten (dieser 16 Konzerne) rund 9.510 Euro (18.600 DM), die jeder zusätzlich mit nach Hause nehmen könnte. Wenn das Lohnniveau gleich bliebe, könnten alternativ bei sonst unveränderten Verhältnissen sofort 500.000 Arbeitsplätze finanziert werden – was gar nicht nötig ist, da die Konzerne ja auch mit weniger Arbeitskräften gegenüber den Vorjahren gut

Geschichte wurde immer von Menschen gemacht, und deshalb ist auch zukünftige Geschichte durch Menschen bestimm- und veränderbar. Mit der technologischen Weiterentwicklung der Produktionsmittel sind der Menschheit Mittel in die Hand gegeben, die Bedürfnisse aller Menschen auf der Welt zu decken.

Was für das Kapital einerseits zum Problem wird, dass mit immer weniger Menschen immer mehr produziert werden kann, ist für eine Gesellschaftsform jenseits von Profitinteressen andererseits ein großer Schritt in die richtige Richtung – die Befreiung des Menschen von sinnentleerter und fremdbestimmter Lohnarbeit für die Profite einzelner (siehe unten).

Die Beurteilung einer neuen Gesellschaft darf sich nicht – wie bisher – fast ausschließlich an ökonomischen Kriterien wie Effizienz und Produktivität orientieren. Zentralere Punkte sind der Grad an gesellschaftlichem Reichtum, der für alle zur Verfügung steht oder das Maß an sozialer und medizinischer Absicherung für die Gesamtbevölkerung (der Welt). Unter dem Maßstab der sozialen Absicherung und medizinischen Versorgung der Bevölkerung nimmt Kuba beispielsweise einen Spitzenplatz ein – weit vor seinen kapitalistischen Nachbarn, darunter die USA!

(besser) zu Recht kamen. Also könnten 500.000 Menschen „einfach so“ in Saus und Braus leben, was den anderen gegenüber natürlich etwas ungerecht wäre. Also teilen sich am besten alle die Arbeit und machen aus einem Acht-Stunden Tag in einem ersten Schritt einen Sechs-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich. Vollbeschäftigung – Arbeitszeitverkürzung – voller Lohnausgleich – all dies wäre sofort möglich. In dieser zugegebenermaßen einfachen Rechnung werden wichtige Faktoren nicht berücksichtigt. Diese Rechnung bleibt nämlich völlig innerhalb der Logik des bestehenden Systems – Kapitalismus, Lohnarbeit und Art der Produktion selbst wäre dadurch nicht in Frage gestellt, wenn auch die Profite gerechter verteilt wären und sich so mancher Unternehmer bitter über seine „Enteignung“ beklagen würde. Ein solches System ließe sich am ehesten als „sozialer Staatskapitalismus“ definieren – von seiner sozialen Komponente her mit den realsozialistischen Staaten vergleichbar. Sicherlich ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit, aber eben nur ein kleines Stück vom Kuchen. Eine angestrebte grundsätzliche Veränderung der bestehenden Gesellschaft aber muss mehr erreichen.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten kehren sich die Verhältnisse dagegen um. Betrachtungen rein ökonomischer Maßblatten wie Höhe des Wirtschaftswachstums oder des Bruttosozialprodukts führen in eine Sackgasse, denn diese Faktoren berücksichtigen weder, wie produziert wird, noch welchen gesellschaftlichen Nutzen die produzierten und konsumierten Güter haben. Ist es etwa positiv für eine Gesellschaft, wenn Wirtschaftswachstum durch schlechtere Arbeitsbedingungen und energieintensive, umweltverschmutzende Produktion erzielt wird, durch Waren, die teilweise überflüssig sind und für die ein Bedarf erst über Werbung geweckt werden muss?

Eine grundsätzliche Veränderung des bestehenden Wirtschaftssystems muss bei der bedarfsgerechten Produktion und Verteilung der Güter ansetzen. Eine Produktion, die an den Bedürfnissen und am tatsächlichen Verbrauch der Menschen orientiert ist – eine ressourcenschonende Produktion, die langlebige, hochwertige Güter erzeugt, und keinen Ausschuss, der nach wenigen Wochen oder Monaten funktionsunfähig auf dem Müll landet.

Durch die Diskussion über Art und Weise der Betriebsführung und Produktion wäre Arbeit kein fremdbestimmter Prozess, der Konzernen zu Macht und Reichtum verhilft, sondern gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit, die dazu dient, die eigenen Bedürfnisse und die anderer Menschen zu erfüllen. Die Optimierung der Arbeit dient dann dem Zweck, den gesellschaftlichen Reichtum weiter zu vergrößern und gleichzeitig die Arbeitszeit für die Bereitstellung der gesellschaftlich notwendigen Güter durch neue Produktionsmethoden weiter zu verringern – statt der Steigerung der Profitraten. Beim Einsatz neuer Technologien werden wichtige Diskussionspunkte der gesamtgesellschaftlichen Nutzen und Fragen der Ethik sein – statt technischer Machbarkeit und wirtschaftlicher Standortvorteile.

Heute ist ein Sonderweg einzelner Staaten zur Umsetzung einer solchen Alternative nicht möglich. Dies zeigt sich am Scheitern der „realsozialistischen“ Staaten Osteuropas und Asiens und bei allen anderen wirtschaftlichen Sonderwegen mit sozialistischem Charakter, wie zum Beispiel bei der Regierung der Unidad Popular in Chile, der nicaraguanischen Revolution oder beim kubanischen Sozialismus. Solcherlei nationalstaatlich begrenzten Versuche wurden und werden militärisch und/oder wirtschaftlich von außen unter Druck gesetzt, dadurch die inneren Widersprüche verstärkt, um den Versuch letztlich zum Scheitern zu bringen.

Die Diskussion und der Kampf für eine gesellschaftliche Alternative muss deshalb auch und gerade in den imperialen kapitalistischen Zentren geführt werden, um andere Regionen der Welt im Kampf um Befreiung zu stärken.

## **Reform oder Revolution? Das Neue Historische Projekt!**

- ◉ Statt Krieg und 40.000 Hungertoten täglich:  
Grundrecht auf kostenlose Grundversorgung weltweit! Essen, Kleidung, Bildung, medizinische Versorgung, Wohnraum für alle!
- ◉ Statt nationaler Konkurrenz um Standortvorteile und Spaltung nach Geschlechtern und Hautfarbe:  
Grenzenlose Solidarität!
- ◉ Statt Privatisierung und Kommerzialisierung:  
Gleiche Voraussetzungen für alle!
- ◉ Statt Fremdbestimmung und Parlamentarismus:  
Teilhabende Demokratie!
  1. in Politik, Arbeitsleben, Schule und Universität
  2. bei der Verteilung von staatlichen Finanzmitteln
  3. bei der Nutzung und Entscheidung über ethische Vertretbarkeit neuer Produktionsmethoden und Technologien wie Atomenergie und Kernfusion, Gen-/Bio- und Mikro-/Nanotechnologie
- ◉ Statt Bewertung und Förderung nach Kriterien marktwirtschaftlicher Verwertbarkeit:  
Freiheit und Unabhängigkeit von Bildung und Kultur!
- ◉ Statt staatlicher und kommerzieller Einflussnahme und Zensur der Medien:  
Uneingeschränkter Zugang für alle und direkte Mitbestimmung von allen!

So oder ähnlich könnten die Losungen einer Bewegung für ein emanzipatives neues historisches Projekt aussehen. Sie resultieren nicht allein aus einer Anti-Haltung, wie es in den Parolen vergangener sozialer und politischer Bewegungen häufig der Fall war, sondern tragen im Kern schon die Anforderungen an die Neue Gesellschaft in sich.

Es sind konkrete und angreifbare Forderungen, die sich nicht hinter Absolutismus verstecken müssen, sondern in ihrer Konkretheit Diskussion und Verteidigung fordern. Keine dieser Forderungen ist an sich revolutionär und stellt damit das bestehende System grundsätzlich in Frage. Das mag zunächst als Mangel erscheinen, in ihrer Gesamtheit sind sie jedoch nicht im Rahmen des bestehenden Systems integrierbar. Damit weisen sie de facto revolutionären Gehalt auf, der gleichzeitig für breite Bevölkerungsschichten

verstehbar ist. Einige dieser Forderungen werden in Grundzügen bereits heute – von Paris bis Mexico-City – von Basisinitiativen aufgegriffen und hunderttausendfach lautstark auf die Straße gebracht, ob bei den Protesten gegen die WTO (Welthandelsorganisation)-Konferenz in Seattle, bei Protesten gegen IWF/Weltbank und G7 in Genua, Prag oder bei Demonstrationen gegen Sozialabbau wie in Rom (siehe Bilder).

Natürlich vertreten viele Basisinitiativen bisher ausschließlich ihre eigene Zielgruppe, sind an staatliche Institutionen gebunden oder rein reformerisch orientiert. Aber es besteht mit der Kritik an der uneingeschränkten Durchsetzungsgewalt des neoliberalen Kapitalismus eine gemeinsame Basis, auf der sich Neues entwickeln kann. „Revolution oder Reform“ stehen sich jetzt nicht zwangsläufig unvereinbar gegenüber, sondern bedingen sich gegenseitig, wenn erreichbare Reformen nicht als Ziel, sondern als notwendige Zwischenergebnisse auf einem längeren Weg betrachtet werden.

Es wird natürlich Versuche der Machthabenden geben, reformorientierte – an einem „besseren“, „zivilisierteren“ Kapitalismus interessierte – Initiativen zu fördern und von radikaleren Gruppierungen abzuspalten und damit den Weg vom Ziel zu trennen. Dies gilt es zu erkennen und zu verhindern. Die integrativen Mechanismen des auf parlamentarischen Demokratien begründeten kapitalistischen Gesell-

schaften sind gewaltig, wie nicht zuletzt die Geschichte der sozialdemokratischen Partei bis zum 1. Weltkrieg oder die 1968er Revolte und die Entwicklung der GRÜNEN in der Bundesrepublik zeigt, und für die Nicht-Integrierbaren droht, wie gewohnt, der Gewaltapparat des Staates. Die Gefahr einer Reduzierung auf bloße Reformorientiertheit resultiert aber auch aus dem Scheitern der gewesenen und noch vorhandenen revolutionären Projekte und der bisherigen Unfähigkeit von großen Teilen der Linken, realistische Perspektiven für eine neue Gesellschaft aufzuzeigen, die für die Mehrheiten gangbar wären. Noch bis zu den achtziger Jahren gab es starke Orientierungen der nicht-reformistischen Linken in Westeuropa an den „realsozialistischen“ Staaten und den von ihnen geförderten Befreiungsbewegungen. Aber nur ein Teil der Bevölkerung wollte diesen Weg mitgehen, da – abgesehen von weitgehender sozialer Absicherung – alle weiteren gebotenen Perspektiven wenig verlockend erschienen. Es ist nicht nur auf antisozialistische Propaganda in den westlichen Massenmedien zurückzuführen, dass keine Massenflucht von Arbeitslosen und sozial Benachteiligten von West- nach Ostdeutschland in die damalige DDR einsetzte. Zu einem guten Teil wird die Realität der DDR selbst dazu beigetragen haben, diese Gesellschaftsform trotz weitgehender sozialer Gerechtigkeit nicht als gesellschaftliche Alternative erscheinen zu lassen.



Größte Massendemonstration in der Nachkriegsgeschichte Italiens:  
2 Millionen gegen Sozialabbau der Regierung Berlusconi, März 2002, Rom.



Für Westeuropa galt allerdings durch die direkte Systemkonkurrenz und daraus bedingte soziale Zugeständnisse an die Bevölkerung eine Situation, die in weiten Teilen der Welt nicht gegeben war und die daher Projekte wie die kubanische sozialistische Revolution für die verarmten Mehrheiten Lateinamerikas als Vorbild und Inspiration mit Recht sehr bedeutsam werden ließ. Dennoch hat das kubanische Modell weder große Anziehungskraft auf die ärmeren Bevölkerungsschichten der Industrienationen ausüben können, noch hat es im kapitalistischen Weltmarkt längerfristig Überlebenschancen ohne Partner auf ähnlicher wirtschaftlicher Grundlage und bietet damit auch keine dauerhafte Perspektive für die Menschen Lateinamerikas. Dreh- und Angelpunkt für die Schaffung einer realistischen Perspektive auf gesellschaftliche Veränderung ist daher ein ökonomischer Überbau, der das Überleben und die Entwicklung von Keimzellen der Neuen Gesellschaft in der umgebenden kapitalistischen Welt ermöglicht. Dies gilt sowohl für das Überleben der noch bestehenden nicht-kapitalistischen Projekte als auch für die Entwicklung weiterer alternativer Ansätze angesichts der Tatsache, dass es keinen schnellen, weltweiten Wechsel geben wird.

**Es wird keinen schnellen, weltweiten Wechsel geben!** In dieser Hinsicht sollten wir lernen, realistisch zu sein und in längerfristigen Perspektiven zu denken. So sehr Aufstände in Chiapas (Mexico), in Ecuador oder Argentinien auch erfreuen und Mut machen können – keine Revolution wird Erfolg haben, die nicht in ein strategisches Konzept zum Aufbau zumindest regionaler, gebietsübergreifender Wirtschaftsstrukturen eingebettet ist, die parallel und im Austausch mit dem kapitalistischen Weltmarkt längerfristig überleben und sich weiterentwickeln können. Che Guevaras „Seid realistisch, versucht das Unmögliche“ lässt sich heute angesichts der bitteren Lehre der Geschichte gescheiterter sozialistischer Alternativen in Chile, Nicaragua und anderswo ergänzen zu: „Seid unmöglich, versucht was Realistisches!“

## DIE THEORETISCHE GRUNDLAGE DES NEUEN HISTORISCHEN PROJEKTS

„Jede Lehre ist überflüssig, für die nicht alles schon bereit liegt an aufgehäuften Kräften, an Explosivstoffen“, schrieb Friedrich Nietzsche in einer substantiellen, wenig beachteten Formulierung über die Wechselbeziehung (Dialektik) zwischen realitätsverändernder Idee und ideenverändernder Realität. Theorie kann nur gesellschaftsumwälzend werden – und darauf bezieht sich der Philosoph – wenn das Leiden an den alten Werten, Lebensbedingungen und Rechtfertigungen so groß geworden ist, dass die Umwertung des Bestehenden zum allgemeinen Bedürfnis wird“ (Heinz Dieterich, aus dem Vorwort zur geplanten deutschen Ausgabe des Buches „Ende des globalen Kapitalismus. Das Neue Historische Projekt“).

Der in Mexico-City lebende Soziologe Heinz Dieterich unterbreitet zusammen mit sechs namhaften Wissenschaftlern und Autoren einen Vorschlag für eine Alternative zum System des globalen Kapitalismus. Das gemeinsame Buch „Fin del capitalismo global – El nuevo Proyecto Histórico“ (Ende des globalen Kapitalismus – Das Neue Historische Projekt) beinhaltet nicht nur eine neue soziale Utopie, in der Ausbeutung, Herrschaft und Entfremdung als gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen aufgehoben werden. Zugleich wird versucht, den Weg dorthin zu beschreiben und gezeigt, dass die technischen und ökonomischen Voraussetzungen für die neue Gesellschaft bereits heute gegeben sind. Darin liegt die eigentliche Bedeutung des Werkes: aufzuzeigen, dass die neue Gesellschaft keine bloße Utopie ist, sondern alle objektiven Voraussetzungen vorhanden sind, sie umzusetzen.

Die ökonomische Grundlage dieser neuen Gesellschaft könnte auf dem vom Bremer Historiker und Universalgelehrten Arno Peters vorgeschlagenen „Äquivalenzprinzip der Globalökonomie“ beruhen.

Peters stellt in den Mittelpunkt seiner Überlegungen den äquivalenten (gleichwertigen) Tausch von Gütern und Dienstleistungen. Damit dieser Tausch tatsächlich gerecht ist und kein Tauschpartner Vorteile auf Kosten des anderen erwirtschaftet, wie es in der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft der Fall ist, bedarf es eines wirklich objektiven Wertmaßstabs.

Dieser objektive Maßstab kann nach Peters nur die Arbeitszeit sein, die in einem bestimmten Produkt enthalten oder zur Erbringung einer Dienstleistung erforderlich ist. Denn sowohl im Kapitalismus als auch im bisherigen „realen“ Sozialismus erfolgte der Austausch auf Grundlage der Preise, und nicht auf Basis der tatsächlichen Werte.

Dass der Preis eines Produktes aber niemals ein objektiver Maßstab ist, erläutert Peters an folgendem Beispiel:

„So muss Brasilien für eine Lokomotive, für die es vor zwanzig Jahren 15.000 Sack Kaffee zahlte, heute das Dreifache (46.000 Sack Kaffee) geben. Der Wert der Lokomotive hat sich in den letzten zwanzig Jahren nicht verdreifacht, und der Wert des Kaffees hat sich nicht verringert. Verändert hat sich nur der Weltmarktpreis, der das Austauschverhältnis zwischen den überwiegend von den reichen Ländern angebotenen Industrieprodukten und den vorwiegend von den armen Ländern angebotenen Naturprodukten bestimmt<sup>2</sup>.“

Im Gegenteil müßte die Lokomotive heute im Verhältnis sogar billiger sein, da durch Rationalisierungen zur Produktion einer Lokomotive heute weniger Energie, Rohstoffe und Arbeitskraft notwendig sind als noch vor zwanzig Jahren. Demgegenüber hat sich der Arbeitsaufwand für das Ernten von Kaffeebohnen nur geringfügig verändert.

Auch die Planwirtschaft in den sozialistischen Ländern war noch nicht in der Lage, einen gerechten Austausch auf objektiver Wertgrundlage zu ermöglichen. Sie hat es jedoch geschafft, dem Leben jedes Einzelnen Existenzsicherheit und Zukunftsperspektive zu geben. „Die Einkommensunterschiede wurden von einem Verhältnis von eins zu mehr als einer Million (im Kapitalismus) auf ein Verhältnis von weniger als eins zu zehn vermindert. Der Egoismus wich weitgehend einer Gesinnung und Verhaltensweise mitmenschlicher Solidarität. Das alles waren bedeutende historische Fortschritte. Aber die Planwirtschaft war deshalb noch nicht sozialistisch.“ (Arno Peters).

Erst in Verbindung mit dem Äquivalenzprinzip ist eine sozialistische Planwirtschaft möglich, in der der Lohn direkt und absolut der aufgewendeten Arbeit entspricht, und die Preise nichts anderes enthalten als den vollen Gegenwert der in den Gütern verkörperten Arbeit. In einer nach diesem Prinzip funktionierenden Ökonomie bleibt kein Raum mehr für die Profite einzelner.

Das Äquivalenzprinzip ist die Grundlage für eine umfassende Gerechtigkeit, die nicht nur die Produktion von Gütern umfasst. Der gleichwertige Austausch

auf Grundlage der Arbeitszeit bezieht z. B. auch jene gesellschaftlichen Bereiche ein, die im Kapitalismus bisher nicht entlohnt wurden. Dies betrifft genauso die Zeit, die für die Erziehung und Ausbildung eines Kindes erforderlich ist wie die Zeit für Arbeit im Haushalt. In einer äquivalenten Wirtschaft kommt diesen Tätigkeiten erstmals die Bedeutung einer gesellschaftlich sinnvollen und notwendigen Tätigkeit zu, die äquivalent mit anderen Produkten und Dienstleistungen getauscht werden kann und ihnen in nichts nachsteht. Mit der Überwindung des Marktes durch eine Ökonomie, die theoretisch auf objektiv ermittelbaren Arbeitswerten und technisch auf Computern für eine bedarfsgerechte Produktion und Verteilung beruht, wird die materielle Basis für das friedliche Zusammenleben aller Weltbürger geschaffen.

„Wenn weltweit alle Waren auf Grund der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit ausgetauscht werden (womit dann für eine Lokomotive vielleicht nur noch 7.300 Sack Kaffee zu zahlen wären, nämlich soviel, wie die Arbeiter in Brasilien in der gleichen Zeit ernten, die zum Bau ihrer Lokomotive benötigt wird), würde diese neue Preisrelation Naturprodukt/Industrieprodukt die notwendige wirtschaftliche Gleichberechtigung der Völker untereinander herbeiführen. Die Übersättigung in den Industriestaaten würde ebenso aufhören wie der Hunger in den Entwicklungsländern.“ (Arno Peters).

Die Schwierigkeit bei der Ermittlung des objektiven Wertmaßstabs „Zeit“ als Basis für einen äquivalenten Tausch liegt darin, dass außerordentlich komplexe Berechnungen zur Ermittlung des „Zeitwerts“ eines Produkts oder einer Dienstleistung erforderlich sind. So ist nicht nur die reine aufgewendete Arbeitszeit zur Herstellung eines Produkts durch den Produzenten aus bestimmten Rohstoffen wertbildend, sondern auch die Arbeitszeit, die für die Rohstoffförderung aufgewendet wurde. Anteilig sind wiederum Arbeitszeiten für die Schaffung und Pflege von Maschinen zur Rohstoffförderung, zur Ausbildung der Arbeitskräfte, deren Kleidung, Ernährung etc. enthalten, so dass sich eine ganze Kette voneinander abhängiger Berechnungsgrößen ergibt, die in den Zeitwert einer Ware einfließen. Das theoretische Problem dieser Berechnungen ist inzwischen gelöst, und durch die Methoden der Statistik und der Computertechnik ist es mit entsprechendem Aufwand möglich, diese Berechnungen auch praktisch umzusetzen. Wesentliche Kenngrößen der Wirtschaft auf Zeitwertbasis zu berechnen ist nur noch eine Aufgabe von Wochen und Monaten, nicht von Jahrzehnten, so dass auch dieses Problem nur noch eines der Finanzierung von einigen fähigen

Wirtschaftswissenschaftlern ist, aber kein unüberwindbares Hindernis für die soziale Bewegung für ein Neues Historisches Projekt darstellen wird.

Natürlich ist eine Theorie immer nur so gut, wie die Praxis, mit der sie verbunden ist. Die Frage der Machtverhältnisse stellt sich natürlich auch für die Schaffung einer auf dem Äquivalenzprinzip beruhenden Wirtschaft. Denn die, die von der heutigen kapitalistischen Wirtschaft profitieren, haben natürlich keinerlei Interesse an einer Veränderung der Verhältnisse. Vor 25 Jahren betrug das Durchschnittseinkommen eines Managers in den USA das 36fache des Einkommens der Arbeiter und Angestellten – heute ist es das 420fache. Man stelle sich z. B. nur vor, dass die Gehälter von Top-Managern oder Fabrikanten auf den Kern der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit reduziert werden würden. Auch wenn eine Stunde Managerarbeit einen höheren Anteil an Ausbildungszeit und an materiellen Gütern (z. B. Telefon, Fax, Verkehrsmittel) enthält, würde sie nach dem Äquivalenzprinzip nicht mehr unverhältnismäßig höher entlohnt werden als die Arbeit eines Bauarbeiters – denn auch ein Manager könnte nicht zwanzigmal so schnell den Spaten schwingen. Die sozialen Ungleichheiten der Menschen würden auf ein Minimum reduziert – ein Dorn im Auge der Mächtigen und Besitzenden! Daher ist neben einer gesellschaftsverändernden Theorie auch eine gesellschaftsverändernde Praxis erforderlich, die einer Utopie zur Wirklichkeit verhilft, in dem sie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse berücksichtigt und strategisch handelt.

Mit der Computertechnologie und mit Hilfe der Methoden der Mathematik und Statistik sind heute erstmals die Mittel vorhanden, den objektiven Wert einer Ware oder Dienstleistung zu ermitteln. Gleichzeitig ist es dadurch aber auch möglich, Importe und Exporte nach verschiedenen Kategorien zu bewerten und damit ein paralleles Bestehen zum kapitalistischen Weltmarkt zu ermöglichen, das – wie dargestellt – zunächst für eine Übergangsphase unvermeidlich ist:

- ◉ **Bewertung nach der Handelsbilanz:**  
Zum Beispiel steht einem Warenexport im Wert von 1 Milliarde US-\$ ein Import im Wert von 1 Milliarde US-\$ gegenüber.
- ◉ **Bewertung nach der Arbeitszeitbilanz:**  
Einer Ausfuhr von 1.000 Stunden Arbeitszeitwerten steht die Einfuhr von 1.000 Stunden Arbeitszeitwerten entgegen.



Nur der letztgenannte Tausch nach Arbeitszeitwerten ist ein äquivalenter, gleichwertiger Tausch. Dies ist leicht einzusehen, wenn man bedenkt, wieviel mehr Produkte im Wert von 1 Milliarde US-\$ heute aus einem Land der sogenannten 3. Welt eingekauft werden können – z. B. Produkte, für die 10.000 Beschäftigte ein Jahr lang gearbeitet haben – während in industriell hochentwickelten Ländern Produkte im Wert von 1 Milliarde US-\$ von viel

weniger Beschäftigten in einigen Tagen oder Wochen erschaffen werden. Selbst eine ausgeglichene Handelsbilanz sagt daher noch nichts aus über den tatsächlichen Abfluss von Wert aus einem armen Land in ein reiches Land.

### **In der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft wird der Handel nur auf Basis von Preisen getätigt.**

Durch die Möglichkeit, den Handel nun zusätzlich auch auf Basis der Arbeitszeiten bewerten zu können, können beide Berechnungssysteme nebeneinander existieren und sind miteinander austauschbar. Dies schafft den Raum für regionale Wirtschaftsstrukturen, die nach Innen mit einem gänzlich anderen, nicht-kapitalistischen Wirtschaftsprinzip auf Basis der Äquivalenzökonomie funktionieren, aber dennoch nicht vom Weltmarkt abgekoppelt sind.

### **Die „Flecken des Widerstands“ verbinden!**

Subcommandante Marcos der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN bezeichnete den weltweit aufflackernden Widerstand gegen den Neoliberalismus als „bolsas de resistencia“ – Flecken des Widerstands auf der Weltkarte des globalen Kapitalismus. Dieser Widerstand ist räumlich und zeitlich voneinander getrennt, es fehlt ihm eine gemeinsame Stoßrichtung. Aber es gibt ihn: in Ecuador, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Kolumbien – aber auch in Thailand, in Indonesien, den Philippinen – bis hin zu den kapitalistischen Zentren – in Rom, Paris oder Seattle. Während es in den kapitalistischen Zentren fast keine relevanten Strukturen mehr gibt, die in der Lage wären, organisiert die kapitalistischen Verhältnisse in Frage zu stellen, sieht die Situation in Mittel- und Südamerika ganz anders aus. Hier gibt es nach wie vor starke Befreiungsbewegungen, die sich je nach den politischen Verhältnissen in linken Oppositionsbündnissen zur Wahl stellen oder als Guerillagruppen den bewaffneten Kampf führen. Trotz inhaltlicher Unterschiede eint die Befreiungs- und Basisbewegungen in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas die Kritik am Neoliberalismus, dessen Auswirkungen dort weitaus

dramatischer zu spüren sind als in den kapitalistischen Metropolen. Aber noch etwas eint sie: die Angst vor der Macht. Noch zu sehr ist die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua in Erinnerung, noch zu sehr die Interventionen der USA in Grenada, der Putsch in Chile und die langjährigen blutigen Kriege in Guatemala, El Salvador ... Und anders als in den siebziger und achtziger Jahren existiert heute kein sozialistischer Machtblock mehr, der zumindest auf ökonomischer Ebene Bewegungsfreiheit und ein Abstreifen der Macht multinationaler Konzerne in Lateinamerika ermöglichte – zum Preis der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von einer anderen Großmacht. Heute gibt es diesen Machtblock nicht mehr – eine Entkopplung vom Weltmarkt und eine eigenständige Entwicklung eines Landes ist heute nicht mehr möglich, oder nur für den Preis des totalen wirtschaftlichen Ruins (siehe Nordkorea). Was also sollten sie tun, wenn sie die Macht besäßen? Sie wären nach wie vor von Krediten abhängig, die Wirtschaftspolitik würde von den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank diktiert – und Abkommen wie NAFTA (Freihandelszone für Mexico, Kanada, USA) oder das geplante ALCA-Abkommen (südamerikanische Freihandelszone in Verbund mit den USA) sorgen für einen ungehinderten Abfluss des Kapitals in den reichen Norden. Die Rolle einer erfolgreichen Befreiungsbewegung an der Regierungsmacht stünde unter den gegebenen Bedingungen von vornherein fest: als ein sozialrevolutionäres Alibi für die Fortsetzung der neoliberalen Politik mit anderen Mitteln.

Doch hier kann die Theorie des Neuen Historischen Projekts zur gesellschaftsverändernden Praxis führen: „Es ist diese Vereinheitlichung der vereinzelt Widerstandssektoren der globalen Gesellschaft mittels ihrer gemeinsamen Interessen, welche der weltweiten Demokratisierungsbewegung die Stärke und Organisationsform geben wird, die notwendige Demokratisierung durchzusetzen, die im Zustand sektoraler und nationaler Isolation unerreicht bliebe.“ (Heinz Dieterich). Ähnlich wie ein Magnetfeld Eisenspäne, die sonst diffus und unorganisiert nebeneinander existieren, in ihrer Position vereinheitlicht und in eine Richtung lenkt, besitzt das Neue Historische Projekt das Potenzial, Bewegungen zu vereinheitlichen und zu organisieren.

In Kolumbien ist ein Territorium von der Größe der Schweiz durch die FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) besetzt und verwaltet. In Mexiko ist es Chiapas, wo der Einfluss der EZLN nach wie vor stark ist, und Guerillabewegungen existieren auch in

anderen Teilen Mexikos. In Venezuela ist eine links-populistische Regierung unter Hugo Chavez an der Macht, die eine der modernsten Verfassungen der Welt verabschiedet hat und versucht, dem Einfluss der Konzerne Grenzen zu setzen. In Ecuador stürzte eine indigene Massenbewegung die Regierung und organisiert eine Volksabstimmung zu wesentlichen gesellschaftlichen Fragen. Es brodelt in Argentinien, Peru, in Brasilien ... Die aufgehäuften Kräfte, die Explosivstoffe aus dem Zitat Nietzsches, sind überall vorhanden.

### **Die Perspektive einer neuen Gesellschaft**

Ein grenzübergreifender Zusammenschluss von Ländern und Regionen Lateinamerikas mit fortschrittlichen Regierungen, wirtschaftlich auf Grundlage des Äquivalenzprinzips und politisch als teilhabende, d. h. alle gesellschaftlichen Sektoren einbeziehende Demokratie würde gewaltige Auswirkungen nach sich ziehen. Innerhalb dieser regionalen Organisation ließe sich weitgehende soziale Gerechtigkeit verwirklichen, denn die Arbeit der Menschen käme nicht mehr der Clique der wenigen Reichen und Besitzenden zugute, sondern der ganzen Gesellschaft. Die Aufhebung sozialer Ungerechtigkeit, der Ausbau des Bildungs- und Sozialsystems und der Aufbau basisorientierter Entscheidungsstrukturen hätte auch auf andere Länder Lateinamerikas und weltweit starke Ausstrahlung.

Nach außen wäre dieser Wirtschaftsraum zwar weiterhin in den kapitalistischen Weltmarkt eingebunden – die globale Ungleichheit und Ungerechtigkeit wäre also noch nicht aufgehoben. Arme Länder würden demnach weiterhin arm bleiben, denn an den ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen außerhalb des regionalen Zusammenschlusses und dem militärischen Interventionspotenzial der Industrienationen hätte sich noch nichts geändert. Es würde also zunächst eine Übergangsgesellschaft entstehen – überregional eingebettet in die kapitalistische Weltwirtschaft mit ihren Abhängigkeiten, regional aber auf der Ebene des gerechten äquivalenten Tauschs organisiert. Und mit dem Äquivalenzprinzip existiert eine objektive moralische Instanz, die den reichen Industrienationen beim überregionalen Handel ihre Rechnungen um die Ohren haut! Denn im kapitalistischen Weltmarkt entspricht eine Einfuhr von z. B. 1.000 Arbeitszeitwerten aus den reichen Ländern einer Ausfuhr von 1.000.000 Arbeitszeitwerten aus den armen Ländern. Und diese Rechnung werden die armen Länder präsentieren! Es wird dann an jedem einzelnen in den Industrienationen lebendem Menschen liegen, ob er/sie bereit ist, die Ungerechtigkeit weiterhin mitzutragen und zu dulden, das „Jahr für Jahr etwa so viele Menschen verhungern, wie die beiden Weltkriege insgesamt Opfer forderten“. (Arno Peters)

Aber Moral alleine wird nicht ausreichen. Ein regionaler Wirtschaftsblock hat natürlich eine viel stärkere Durchsetzungskraft als ein einzelnes Land. In Venezuela liegen die drittgrößten Ölvorkommen der Welt, andere lateinamerikanische Länder sind ebenfalls reich an Bodenschätzen, auf die die Industrienationen angewiesen sind. Neben der sozialen und moralischen Ausstrahlungskraft würde also auch ein wirtschaftliches Potenzial existieren, das es ermöglicht, bis zu einem gewissen Maße Druck aufzubauen und sich gegen die Dominanz der Industrienationen zur Wehr zu setzen.

### **In Zukunft zusammen!**

Das „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ des Kommunistischen Manifests von Marx und Engels erhält mit dem Äquivalenzprinzip eine ökonomische Grundlage. Untrennbar mit der Gleichbehandlung aller Menschen auf ökonomischer Ebene ist aber auch die Gleichbehandlung und -berechtigung auf der politischen Ebene verbunden. Dies erfordert ungehinderten Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen zu den Medien ebenso wie basisdemokratische Entscheidungsstrukturen in Bildung, Kultur und am Arbeitsplatz. Die Vergesell-

schaffung der Produktionsmittel ist und bleibt Voraussetzung für die Entwicklung einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft – sie alleine schafft aber noch nicht den Sozialismus. Jede Gesellschaft in einer Übergangsphase, in der Neues entsteht, aber das Alte noch präsent ist, ist anfällig für Deformationen (Verzerrungen) des eigentlichen Ziels, anfällig für Machtmissbrauch. Unabdingbare Voraussetzung für Veränderung ist deshalb, dass sie durch die Menschen selbst moralisch gewollt, theoretisch verstanden und praktisch herbeigeführt wird – kontinuierlich. Das Delegieren aller Macht und Entscheidungsgewalt an ein Parlament, an eine Regierung oder Partei birgt die Gefahr der Verselbstständigung in sich, die Gefahr, dass dauerhaft Strukturen entstehen, die sich einer direkten Kontrolle entziehen und die Bevölkerung in die Passivität zurückfällt. Das Entstehen einer Kaste von „Berufspolitikern“ ist das Ende jeder emanzipativen Bewegung. Deshalb bedarf es einer umfassenden Aufklärung der Menschen und einer umfassenden, permanenten Beteiligung am politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess. Das auch hierfür die Zeit reif ist und die objektiven Bedingungen vorliegen zeigen nicht zuletzt die in der argentinischen Volksbewegung gegen den neoliberalen Ausverkauf

### **Internet – Das Mittel zum Zweck**

Das Internet bietet sich als ideales Medium für eine weltweite Diskussion um gesellschaftliche Alternativen an. Es ermöglicht einen schnellen Austausch von Informationen, auch über riesige Entfernungen, und ist dadurch ständig auf dem neuesten Stand – aktueller und demokratischer, als es andere Medien je sein könnten. Eine soziale und politische Organisation von Menschen und der Wille zur Veränderung – mit Hilfe des Internet rund um den Globus – kann der Macht der Konzerne einiges entgegensetzen. Nahezu zeitgleich könnten z. B. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bei einem deutschen Automobilhersteller in China zu Reaktionen der Belegschaften in Spanien, Portugal, Mexiko und auch in der BRD führen, die mit Streiks Solidarität üben. Die Globalisierung der Produktion, die Auslagerung ganzer Produktionsbereiche, kann damit auch zum Bumerang für die Konzerne werden, denn durch Streikmaßnahmen bei einem wichtigen Zulieferer im Ausland könnte die gesamte Automobilproduktion eines Konzerns (vorübergehend) lahmgelegt werden. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass ein entsprechendes solidarisches Verhalten unter den ArbeiterInnen vorhanden ist und die Menschen lernen, dass ein Denken und Handeln über die Grenzen des Nationalstaates hinaus erforderlich ist – auch in

ihrem eigenen Sinne! Natürlich ist auch uns die Problematik bewusst, dass es heute für zwei Drittel der Weltbevölkerung dringendere Probleme als einen Internetanschluss gibt. Kurz: die heutige Situation für die Mehrheit der Menschheit ist so, dass Überlebensfragen wie genügend Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf im Raum stehen, und nicht ein Telefon- oder Internetanschluss. Die Möglichkeit für Einzelpersonen, an Diskussionen im Internet teilzunehmen, besteht daher in erster Linie in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Industrienationen. Andererseits sind die sozialen (Nicht-Regierungs)-Organisationen in Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ oft sehr weit entwickelt und es bestehen dörfliche oder stadtteilbezogene Basisgruppen, in denen Informationen ausgetauscht und diskutiert werden. Auch in den unterentwickelt gehaltenen Ländern der Welt besteht heute über Universitäten, soziale Zentren und – durch Tourismus bedingte – Internetcafés in vielen Städten und Dörfern die Möglichkeit, ins Internet zu gelangen und Beschlüsse oder Diskussionen aus sozialen Basisbewegungen mitzuteilen und zu diskutieren. Über den Umweg der sozialen Bewegungen entsteht also auch hier die Möglichkeit, weltweite Diskussionen führen und das Internet für die eigenen Anliegen einsetzen zu können.

des Landes seit Dezember 2001 organisierten „Assembleas“ – öffentliche Volksversammlungen, in denen stadtteilbezogen und überregional das weitere Vorgehen der Bewegung gegen die Regierungspolitik abgestimmt wird.

Heute muss es in erster Linie darum gehen, einer gesellschaftsverändernden Theorie zum Durchbruch zu verhelfen. „Die neue Konzeption der Welt – der post- oder nachbürgerlichen Welt – muss den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und Klassen zugänglich gemacht werden, um ideologische Klarheit in der gegenwärtigen Epochentransformation zu schaffen und, auf der Basis dieser Bewusstmachung, das globale Subjekt der Veränderung zu schaffen. (...) Ohne ideologische Klarheit und weltweites Programm der Veränderung kann der globale Kapitalismus nicht überwunden werden.“ (Heinz Dieterich).

Dabei stehen wir noch am Anfang. Zwar wird das Neue Historische Projekt in den Basisbewegungen Lateinamerikas bereits diskutiert und findet zunehmend Verbreitung, aber in den kapitalistischen Metropolen ist es bisher weitgehend unbekannt. Dies kann sich ändern, wenn die Diskussion eines Neuen Historischen Projekts in die neuen sozialen Bewegungen gegen kapitalistische Globalisierung Einzug hält, als Chance für die Diskussion nicht-kapitalistischer Alternativen und Kontrapunkt zu den reformorientierten Ansätzen marktwirtschaftlicher Regulierungsmechanismen (z. B. Tobin-Steuer), wie sie von Teilen der Bewegung in Westeuropa gefordert werden. Um dies zu erreichen, ist eine Organisationsform erforderlich, die einen unabhängigen Diskussionsraum und Möglichkeiten zur Vernetzung schafft, als Ausgangspunkt für weitergehende Aktivitäten.

## perspektive UNABHÄNGIGE kommunikation – ERSTER SCHRITT BEIM LAUFEN LERNEN.

„(...) Die Koordinierung, Interaktion, Unterstützung, Information, usf., der einzelnen Sektoren der weltweiten Bewegung ohne das Internet (ist) undenkbar; doch hängen die konkreten Organisationsformen – politische Parteien, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, etc. – und Handlungsweisen von den lokalen Gegebenheiten ab.“ (Heinz Dieterich).

Eine internationale Vernetzung von Basisbewegungen gegen den Neoliberalismus über das Internet ist eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung einer weltweiten Gegenbewegung. Perspektive unabhängige Kommunikation ([www.puk.de](http://www.puk.de)) stellt sich dieser Aufgabe und ist daran interessiert, zusammen mit anderen Initiativen und Internetgemeinschaften die notwendige Vernetzung voranzubringen.

Wir sehen den Kampf um die Befreiung des Menschen von der Geißel des Kapitalismus, für die Perspektive einer neuen sozialistischen Utopie, als eine weltweite Aufgabe. Unser Weg wird international sein, wir werden ihn gemeinsam mit Menschen aus vielen Ländern zu beschreiten haben oder er wird sich von vornherein in einer der unzähligen Sackgassen der Geschichte verlaufen. Langfristig muss es darum gehen, Perspektiven für die Neubildung einer außerparlamentarischen Opposition zu schaffen. Die Entwicklung einer sozialen Kraft, die in der Lage sein wird, die bestehenden Verhältnisse nicht nur in Frage zu stellen, sondern eine gesellschaftliche Alternative dazu anzubieten, ist notwendig. Die Perspektive einer unabhängigen Kommunikation, offen für alle, die an der Diskussion um gesellschaftliche Alternativen interessiert sind, ist dabei die erste Voraussetzung.

Das Internet-Projekt „Politik und Kultur“ ([www.puk.de](http://www.puk.de)) als praktischer Bestandteil des puk e. V. (Perspektive unabhängige Kommunikation) ermöglicht interaktive Kommunikationsformen, die für diese Diskussion genutzt werden können und kontinuierlich ausgebaut werden. Bereits jetzt hat jedes registrierte Mitglied die Möglichkeit, Texte, Meinungen oder Diskussionsbeiträge über puk im Internet zu veröffentlichen. Die einfache Bedienung ermöglicht es, dass sich auch Leute, die nicht über Programmierkenntnisse verfügen, direkt beteiligen können. Politisch, kulturell oder sozial engagierten Gruppen wird zusätzlich die Möglichkeit geboten, mit einer eigenen kostenlosen Homepage im Internet vertreten zu sein. Ziel ist es, sowohl einen Austausch zwischen unterschiedlichsten Gruppen zu erreichen, als auch, interessierte Menschen zu beteiligen und Kontakte zu knüpfen.

puk ist der Versuch, auf vielen Ebenen ein ideales Forum für Diskussionen und Koordinierung von Aktivitäten darzustellen, sowohl vom Funktionsumfang als auch von der erreichbaren Zielgruppe. puk ist nicht nur ein Forum für links orientierte Gruppen, sondern auch für das bürgerlich-liberale Spektrum. Bei puk sind linksradikale Gruppen und Zeitschriften genauso vertreten wie etablierte Parteien, Jugendorganisationen, Schülerzeitungen, Musikgruppen, Stadtradios und freie Fernsehsender. So versuchen wir, bei puk weit mehr Menschen aus unterschiedlichen poli-



tischen Richtungen in Kontakt miteinander zu bringen, als das bei einem auf eine bestimmte Zielgruppe ausgerichteten Internet-Server der Fall wäre. Dies soll die Diskussionen fördern und zwingt dazu, immer wieder neue Überzeugungsarbeit für die eigenen politischen Ansätze zu leisten und mit Menschen in ganz anderen Lebenssituationen konfrontiert zu werden.

Dennoch ist klar, dass das Internet keine realen Strukturen wie soziale Basisbewegungen ersetzen kann und soll. Es bietet lediglich die Form eines neuen Kommunikations- und Organisationsmediums, das parallel neben anderen Medien wie Büchern, Zeitschriften oder dem Hören-Sagen besteht. Unter sozialen Basisbewegungen verstehen wir die Gruppen und Initiativen, in denen sich Menschen mit ähnlichen Lebensumständen, unabhängig von staatlichen oder kommerziellen Einflüssen, zusammenfinden und in gesellschaftlichen Fragen engagieren. Das sind Schüler- und Betriebsräte genauso wie Menschenrechtsinitiativen, Immigranten-Communities, Stadtteilgruppen, Suppenküchen für Obdachlose, Erwerbslosentreffs, Behinderteninitiativen etc. pp. Obwohl die Möglichkeiten der Einflussnahme oft sehr gering sind und der Erfolg vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis abhängt, messen wir den sozialen Basisbewegungen auch in Zukunft eine wichtige Bedeutung zu. Denn sie sind der Ort, wo Menschen die Artikulation ihrer Interessen erlernen und sich in gemeinsamen Diskussionen und Aktionen weiterentwickeln können. Über sie besteht die Möglichkeit, gesellschaftlichen Druck auszuüben, sich zu bilden und Verbesserungen zu erkämpfen: Dazu bedarf es eines gemeinsamen Ziels, einer verbindenden gesellschaftlichen Uto-

pie oder zumindest einer gemeinsamen Diskussion über die Zukunft des einzelnen und aller. In diesem Sinne ist auch das Engagement von puk vor dem Hintergrund zu betrachten, verschiedene politisch, sozial oder kulturell engagierte Gruppen und Einzelpersonen zusammenzubringen und gemeinsam eine Idee weiterzuentwickeln, die die weltweite Solidarität und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Dieser Prozess ist längst nicht abgeschlossen – er lebt von der Kritik und Kreativität all derer, die den Aufbau einer würdigen Zukunft für alle Menschen auf dieser Welt als ihren Sinn und Aufgabe begreifen. Selbst wenn Details des Petersschen Äquivalenzprinzips und die Idee des Neuen Historischen Projekts Fragen aufwerfen – puk betrachtet sie als vorwärtsweisende Gedanken, die nicht unfehlbar sind, aber auf einer gemeinsamen Grundlage von teilhabender Demokratie und Äquivalenzprinzip kreatives Potenzial freisetzen und wie ein Magnetfeld unkoordinierte Bewegung organisieren können, zu einer lebendigen und vielfältigen Bewegung für ein gemeinsames Projekt der Veränderung.

Jetzt gilt es: Für etwas Neues zu streiten und eine gesellschaftliche Perspektive für alle zu eröffnen. Für die Idee einer solidarischen Gesellschaft, eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und politischen Teilhabe, jenseits kapitalistischer Verwertungslogik. Als Hoffnung für die Entrechteten, Erniedrigten und Unterdrückten, hier und weltweit für den aufrechten Gang des Menschen.

**Ende des globalen Kapitalismus –  
Das Neue Historische Projekt!**

puk e.V.

# QUELLENACHWEIS:

- 1 Francis Fukuyama:  
„Das Ende der Geschichte“, 1992
  - 2 Arno Peters:  
„Das Äquivalenz-Prinzip als Grundlage  
der Global-Ökonomie“,  
Akademische Verlagsanstalt Vaduz, 1996
  - 3 Heinz Dieterich / Noam Chomsky:  
„Globalisierung im Cyberspace –  
Globale Gesellschaft“,  
Horlemann-Verlag, 1996
  - 4 Maria Mies, Claudia von Werlhof:  
„Lizenz zum Plündern“, Rotbuch-Verlag
  - 5 [http://www.heise.de/  
tp/deutsch/inhalt/co/2552/1.html](http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/2552/1.html)
  - 6 Aus: Vortrag Heinz Dieterich, Kongress 2000,  
20./21. Mai 2000, Universität Göttingen:  
Siehe auch Broschüre zum Kongress 2000 unter  
<http://www.puk.de/download>  
Siehe auch Vortrag Sloterdijks unter  
<http://menschenpark.tripod.com/>
  - 7 Spiegel Spezial, Nr. 10/98, S. 36 ff.
  - 8 Wesley Clark im „Spiegel“, 43/2000, S. 172 ff.
  - 9 [http://www.nadir.org/nadir/archiv/Politische  
Stroemungen/black\\_power/black\\_011.html](http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/black_power/black_011.html)
  - 10 R. Herden: Die Wandlung des Gegners  
vom Soldaten zum Krieger.  
Aus: Truppenpraxis, Frankfurt/M., Nr. 3/1996
  - 11 Dieter Stockfisch, „Unser Land im Seebündnis“,  
Europäische Sicherheit 4/97
  - 12 Hessisch-Niedersächsische Allgemeine (HNA),  
Artikel „Friedensforscher: Neue Weltordnung  
geschaffen“ von dpa/ap, Oktober 1998
  - 13 [http://staff-www.uni-marburg.de/  
~naeser/ramb-app.htm](http://staff-www.uni-marburg.de/~naeser/ramb-app.htm)
  - 14 Le Monde, 5. Dezember 2001: Siehe auch:  
<http://www.taz.de/pt/2002/01/11/a0030.nf/text>
- Sonstige empfehlenswerte Literatur zum Thema:
- Heinz Dieterich et. al:  
„Fin del Capitalismo Global –  
El Nuevo Proyecto Histórico“, Editorial 21 SRL,  
Argentina – Mexico, 1999
- Armborst, Dieterich, Zickgraf (Hrg.):  
„Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich“,  
Pahl-Rugenstein Nachfolger, 1991
- Gunder-Frank/Fuentes-Frank:  
„Widerstand im Weltsystem“, Promedia 1990
- E.F. Huidobro:  
„Mit neuen Augen – Tupamaros, Reden, Gedanken,  
Interviews“, Verlag Libertäre Assoziation,
- Mark Achbar (Hrg.):  
„Noam Chomsky – Wege zur intellektuellen  
Selbstverteidigung“, Marino Verlag
- Kurz, Lohoff, Trenkle (Hrg.):  
„Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit“,  
konkret Literatur-Verlag, 1999
- Noam Chomsky:  
„Profit over People – Neoliberalismus und globale  
Weltordnung“, Europa-Verlag, 1998